

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Carl-Christoph Schweitzer

Die amerikanische
Chinapolitik 1949—1950

Hemen Ray

Maos Strategie in Vietnam

B 15/67

12. April 1967

Carl-Christoph Schweitzer, Dr. phil., B. A. (Oxon.), o. Professor (der Wissenschaft von der Politik und für politische Bildung) an der Pädagogischen Hochschule Berlin, Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin (Außenpolitik und vergleichende Lehre der Herrschaftsformen), geb. 3. Oktober 1924 in Potsdam, 1952—1961 Referent in der Bundeszentrale für politische Bildung, 1961—1963 Referent im Bundespräsidialamt.

Veröffentlichungen u. a.: Die Kritik der Westlich-Liberalen an der Bismarckschen Außenpolitik (Diss.), Freiburg i. Br. 1949 (1958 in: Außenpolitik); Traditionen und Vorbilder, Hannover 1958; Gestaltungsfaktoren der amerikanischen Außenpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/63 vom 7. August 1963.

Hemen Ray, Journalist, geb. 12. Februar 1927 in Kalkutta, zur Zeit Korrespondent der indischen Nachrichtenagentur NAFEN in Berlin.

Veröffentlichungen: Die Stellung Nepals zwischen Indien und China, Hamburg 1962; Südostasien in der indischen Außenpolitik, Hamburg 1965; Kommunismus in Indien (Mitautor), Hannover 1966; ferner zahlreiche Aufsätze über die sowjetische und chinesische Außenpolitik in wissenschaftlichen Zeitschriften.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,50 zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die amerikanische Chinapolitik 1949–1950

Zum Einfluß innenpolitischer Faktoren auf die US-Außenpolitik

Eine Beschäftigung mit den wichtigsten innenpolitischen Einflüssen, die auf die amerikanische Chinapolitik in den ersten zwei Jahren, vornehmlich aber im ersten Halbjahr nach der Gründung der neuen kommunistischen Volksrepublik am 1. Oktober 1949 ausgingen, ist nicht nur von politikwissenschaftlichem Interesse, sondern auch von großer Aktualität. Diese Aktualität ergibt sich einmal aus der Tatsache, daß ohne eine genauere Kenntnis der amerikanischen Chinapolitik Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre und ohne einen Einblick gerade auch in die innenpolitischen Voraussetzungen dieser Politik die Haltung der USA im Vietnam-Konflikt unserer Tage in ihrer vielschichtigen Problematik nicht richtig erfaßt und beurteilt werden kann.

Wie in den Hearings des Auswärtigen Ausschusses des US-Senates unter seinem Vorsitzenden Fulbright im Frühjahr 1966 über die amerikanische Vietnam- und Chinapolitik deutlich wurde, steht die erste Weltmacht heute im Fernen Osten letztlich vor der Frage, ob sie den „indirekten“ Krieg gegen Peking, um ihn in absehbarer Zeit zu einem erfolgreichen Abschluß bringen zu können, weiter eskalieren und damit eine unmittelbare Konfrontation mit dem kommunistischen China heraufbeschwören bzw. herbeiführen will, oder aber unter Beibehaltung der gegenwärtigen Militärstrategie versuchen sollte, auf allen nur denkbaren diplomatischen Wegen mit dieser dritten Weltmacht und nicht nur mit dem unmittelbaren Gegner Nordvietnam zu einem schließlichen Ausgleich zu kommen. Ein solcher Ausgleich könnte dann die weitere militärische Auseinandersetzung in Vietnam gegenstandslos machen.

Für eine Beurteilung der gegenwärtigen Politik Washingtons in Ost- und Südostasien ist nun eine Kenntnis der ersten Phase der amerikanisch-„rotchinesischen“ Beziehungen zwischen dem Oktober 1949 und dem Ausbruch des Korea-Krieges im Juni 1950 insofern von Bedeutung, als damals die USA ein von ihnen möglicherweise sehr ernsthaft angestrebtes *rapprochement* nicht erzielen konnten und so-

mit Weichen gestellt wurden, die nicht nur das Verhältnis dieser beiden Weltmächte, sondern den gesamten Verlauf der internationalen Politik bis in unsere Zeit schlechthin entscheidend bestimmt haben. Zum anderen ergibt sich die Aktualität unseres Themas aus der Tatsache, daß genauso wie heute schon Mitte und Ende der vierziger Jahre eine — nicht zuletzt für die Bundesrepublik und das deutsche Volk schicksalhafte — *Interdependenz zwischen amerikanischer Asien- und amerikanischer Europapolitik* sichtbar wurde.

Hemen Ray:

Maos Strategie in Vietnam S. 25

Im Frühjahr und Herbst 1949 fällt die Führungsspitze der USA mit der Gründung der NATO endgültig eine außen- und militärpolitische Entscheidung zugunsten eines militärischen Schutzes west-, nord- und südeuropäischer Staaten. Eine solche Entscheidung war schon durch die auf den westalliierten Kriegskonferenzen der vierziger Jahre gefaßten Beschlüsse vorbestimmt worden, das Gros der verfügbaren amerikanischen Landstreitkräfte zur Niederwerfung der Achsenmächte in Europa einzusetzen. Das Korrelat dieser Weichenstellung sowohl des chinesischen Bürgerkrieges von 1947 bis 1949 bestand für Washington in dem Verzicht auf einen massierten Einsatz von Landstreitkräften zugunsten des nationalchinesischen Verbündeten. Das heißt, es wurden weder amerikanische Landstreitkräfte im Kriege zur unmittelbaren Befreiung des chinesischen Festlandes von den Japanern eingesetzt — das vielmehr durch den grandiosen „Inselprungfeldzug“ und schließlich durch die Atombombe niedergegeren wurde

— noch Ende der vierziger Jahre zur möglichen oder schon nicht mehr möglichen Rettung Tschiangkaischeks vor dem revolutionären Elan und schließlichen Siegeszug der kommunistischen Machthaber.

Washington konnte daher einen militärisch-politischen Einbruch der Sowjetunion in den Jahren 1945—1949 nicht in Westeuropa und Asien zugleich verhindern. Im Gegenteil: Auf Grund einer heute unverständlichen, auf jeden Fall aber tragisch anmutenden Fehleinschätzung der militärischen Gegebenheiten im Fernen Osten und insbesondere auch der psychologischen Wirkung eines atomaren Einsatzes (die US-Führung rechnete bekanntlich mit einer Fortdauer des Krieges gegen Japan nach der Kapitulation Deutschlands von ein bis zwei Jahren) wurde die militärische Präsenz der Sowjetunion auf dem chinesischen Festland im Sommer 1945 im Einklang mit den Vereinbarungen von Jalta auf ausdrückliches Drängen der USA herbeigeführt. Ja, diese Präsenz wurde von der demokratischen Präsidentschaftspartei sogar als ein Sieg der eigenen Diplomatie gefeiert, der Konzessionen gegenüber Stalin in anderen Kontroversbereichen der internationalen Politik rechtfertigte.

So wurden dann zu Beginn des hier interessierenden Zeitabschnittes, das heißt im Spätsommer und Herbst 1949, zwei Marksteine epochaler Bedeutung in der internationalen Politik unmittelbar nacheinander sichtbar: auf der einen Seite die im US-Kongreß von einer überwältigenden Mehrheit aus beiden Parteien vorgenommene Ratifizierung des Nato-Vertrages sowie die Verabschiedung seines ersten „Durchführungsgesetzes“ über die amerikanische Militärhilfe an die neuen europäischen Verbündeten in Friedenszeiten und auf der anderen Seite der vor aller Welt mit der Proklamation der Volksrepublik China endgültig besiegelte „Verlust“ dieses Reiches der Mitte an den Kommunismus.

Entscheidende Kräftegruppierungen innerhalb der USA und insbesondere einige der führenden republikanischen Kritiker der demokratischen Administration waren aber nun 1949/50 nicht bereit, sich mit diesem Verlust abzufinden und eine dadurch erforderliche Umorientierung der US-Chinapolitik ins Auge zu fassen. Im Rahmen des Kongresses versuchten

sie vielmehr aus einer anderen Sicht des Interdependenz-Verhältnisses zwischen Asien- und Europapolitik eine weitere, ohnehin nur von einem Teil der republikanischen Partei aus voller Überzeugung gebilligte Unterstützung der amerikanischen Hilfsmaßnahmen für Europa davon abhängig zu machen, daß die Administration eine militärisch-wirtschaftliche *Eindämmung* des Kommunismus auch im Fernen Osten in die Wege leiten würde.

Der Notwendigkeit, sich aus einem Dilemma zwischen neuen außenpolitischen Intentionen, sich verändernden Konstellationen in der internationalen Politik und innenpolitischer Obstruktion zu extrahieren, wurde die amerikanische Regierung erst durch den Ausbruch des Koreakrieges und endgültig dann durch das massive Eingreifen Pekings in diesen Krieg enthoben. Bemerkenswert bleibt aber, daß diese, damals wie heute von den Demokraten gestellte Regierung auch angesichts der allein schon „national-psychologisch“ schwerwiegenden Rückschläge an der Front um die Jahreswende 1950/51 nicht bereit war, das Steuer der Chinapolitik völlig umzuwerfen und einen konventionellen oder atomaren Präventivkrieg gegen das kommunistische China ins Auge zu fassen. Die Begründung lieferte 1951 — wiederum im Sinne des angedeuteten Interdependenzverhältnisses — der amerikanische Generalstabschef nach der Entlassung des US- und UN-Oberbefehlshabers Fernost, General MacArthur, in einem berühmt gewordenen Fazit, daß die USA sich nicht in einen falschen Krieg mit dem falschen Gegner zur falschen Zeit am falschen Ort, das heißt eben in Asien anstatt in Europa, hineinziehen lassen durften.

Wie eine solche Zweifrontenstellung der USA zwischen Asien und Europa unter den veränderten Bedingungen der militärischen und ideologischen Gesamtkonstellation in dem Dreiecksverhältnis Washington-Peking-Moskau von der außen- und militärpolitischen Spitze der führenden westlichen Weltmacht beinahe zwei Dekaden später beurteilt wird und welche Konsequenzen möglicherweise aus einer Analyse der gegenwärtigen Weltlage von den USA gezogen werden — dies bleibt die erregend aktuelle Frage, die sich gerade dem deutschen Leser einer Studie über die amerikanische Chinapolitik 1949/50 aufdrängen muß.

I. Der Kurs der amerikanischen Politik gegenüber Peking 1949 — 1950 in seinem allgemeinen innenpolitischen Bezugsrahmen

Als sich im Laufe des Frühjahrs 1949 in Washington endgültig die Erkenntnis durchsetzte, daß der Siegesmarsch Maos von den Nationalchinesen ohne eine — von keiner verantwortlichen politischen Seite damals in den USA befürwortete — massive amerikanische Intervention nicht mehr aufzuhalten war, tauchten vor allem in der Publizistik Gerüchte auf, die von einem beabsichtigten Kurswechsel der gesamten amerikanischen Chinapolitik in Richtung auf eine diplomatische Anerkennung der neuen Machthaber in Peking wissen wollten. Verständlichen Anlaß zu solchen Gerüchten mochte unter anderem die Tatsache gegeben haben, daß die USA offensichtlich bestrebt waren, ihr konsularisches und diplomatisches Personal auch im kommunistischen Machtbereich Chinas weiterarbeiten zu lassen und insbesondere ihren Botschafter nicht, wie sogar die Sowjetunion, der aus Nanking flüchtenden nationalchinesischen Regierung, sondern den einrückenden kommunistischen Behörden zu attachieren. Der US-Botschafter Stuart verließ China tatsächlich erst Anfang August, während andere US-Diplomaten noch bis zum Frühjahr 1950 im Lande verblieben.

Angesichts solcher Gerüchte versuchte nun — zunächst noch auf einer überparteilichen Basis — eine Gruppe von 21 Senatoren unter Führung des „Chinasprechers“ der republikanischen Senatsfraktion, William Knowland aus Kalifornien, schon sehr bald, auf die Exekutive einen gewissermaßen inhibierenden Druck auszuüben, indem sie sich in einem Schreiben vom 24. Juni an den Präsidenten persönlich gegen alle Erwägungen einer Anerkennung Pekings aussprach. Dabei dürfte die von republikanischer Seite später fallengelassene Einschränkung zum „gegenwärtigen Zeitpunkt“ der taktischen Erwägung entsprungen sein, der Regierung, die ja auf keinen Fall sofort zu einer Anerkennung schreiten wollte, diese Willenskundgebung aus der Legislative heraus schmackhafter zu machen. Sicherlich nicht zuletzt, weil in der amerikanischen Präsidentschaftsdemokratie schon ein so knappes Viertel der Senatoren eine von der Exekutive durchaus zu beachtende Minorität darstellte und sich diese Gruppe damals im Hinblick auf die bevorstehende, nach der Verfassung mit einer Zweidrittelmehrheit vorzunehmende Ratifizierung des Nato-Vertrages noch zu

einer „Sperrminorität“ entwickeln konnte, sah sich Acheson zu der sofort nach dieser Demarche öffentlich abgegebenen Versicherung veranlaßt, daß die Exekutive den Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten vor einer etwaigen Anerkennung des kommunistischen Regimes konsultieren würde¹⁾. Diese später mehrfach wiederholte Versicherung wurde seinerzeit unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten als eine Sensation empfunden, da die Anerkennung einer neuen Regierung in Lehre und Praxis stets als ein Prärogativ der Exekutive auf dem weiten Gebiet der auswärtigen Gewalt gegolten hatte. Selbst solche Versicherungen hinderten jedoch einzelne republikanische Sprecher in den großen Nato-Debatten vom Juli im Senat nicht daran, die Regierung in zum Teil sehr scharfer Form der Inkonsequenz zu bezichtigen, weil es ihr an einer Eindämmungskonzeption gegenüber dem Kommunismus im Fernen Osten — im Gegensatz zu Europa — mangle. Schließlich setzte die „Opposition“ in beiden Häusern des Kongresses Ende September durch, daß im Military Assistance Act, den wir als erstes „Durchführungsgesetz“ des am 21. Juli verabschiedeten Nato-Vertrages ansehen können, entgegen dem ursprünglichen Regierungsentwurf auch ein Betrag von 75 Millionen Dollar zur „Verwendung im Raume China“ bereitgestellt wurde²⁾.

Durch solche Schritte der Opposition brauchte sich die Regierung in ihren Bemühungen um eine Neuorientierung ihrer Chinapolitik allerdings noch nicht entscheidend behindert zu fühlen. Tatsächlich hatte das State Department schon Ende Juli die Bildung einer besonderen Fern-Ost-Beratergruppe unter Leitung des in die Nachkriegsgeschichte vor allem durch seine Verdienste um die Aufhebung der Berliner Blockade eingegangenen Sonderbotschafters Philip Jessup bekanntgegeben. Die von diesem Diplomaten geführte Gruppe, der

¹⁾ Brief zitiert nach Congressional Records (im folgenden: CR), 81. Congr. 1. sess., 1949, S. 8406 f. Die Erklärung Achesons zit. nach Subcommittee of the Senate Committee on Foreign Relations: „Haerings on the nomination of Philip C. Jessup to be US Representative to the 6th General Assembly of the UN“, 82. Congr., 1. sess., S. 615 f.

²⁾ Vergl. u. a. zu diesem Interdependenzaspekt: John Foster Dulles als republikanischer Senator, in: CR., 81. Congr., 1. sess., 1949, S. 1308 f.

noch B. B. Fosdick, ein früherer Präsident der Rockefeller-Stiftung, und E. Case, ein „Rektor“ einer amerikanischen Universität, angehörten, erhielt den Auftrag, mögliche neue Wege der amerikanischen Asienpolitik „frei von irgendwelchen früher konzipierten oder festgelegten Richtlinien“ zu untersuchen und entsprechende Empfehlungen an die Entscheidungsspitze auszuarbeiten³⁾. Um die gleiche Zeit, das heißt Anfang August, erfolgte dann die Veröffentlichung des von Jessup und dem damaligen Leiter der Unterabteilung Fern-Ost im State Department, W. Butterworth, redigierten berühmten Weißbuches über die amerikanisch-chinesischen Beziehungen der letzten 100 Jahre. Die im Begleitbrief des Außenministers an den Präsidenten enthaltenen deutlichen Hinweise auf den gewissermaßen endogen-gesellschaftspolitisch bedingten, nicht aber exogen, das heißt auf eine massive Intervention der Sowjetunion zurückzuführenden Charakter des kommunistischen Sieges in China dienten in erster Linie einer Exkulpierung der USA, vor allem natürlich der demokratischen Administrationen Roosevelts und Trumans, von jedem Vorwurf unterlassener oder nicht rechtzeitig und umfangreich genug durchgeführter Hilfeleistungen zugunsten des Generalissimus. Sie sollten darüber hinaus zweifellos die breitere Öffentlichkeit auf den von ihr nicht erwarteten totalen Zusammenbruch Tschiangkaischeks vorbereiten. Schließlich konnten sie aber auch von Befürwortern wie Kritikern der Regierung mit einer gewissen Berechtigung als Einleitung einer Politik des Disengagements gegenüber dem nationalchinesischen Regime und — als Korrelat dazu — einer Politik der Anerkennung des neuen kommunistischen interpretiert werden⁴⁾.

Parallel zu solchen und anderen Versuchen der innenpolitischen Absicherung einer möglichen neuen Fern-Ost- und Chinapolitik bemühte sich die amerikanische Regierung im Frühherbst 1949 um eine Abstimmung mit ihren Verbündeten sowie mit anderen von der Entwicklung in China besonders betroffenen nicht-kommunistischen Staaten speziell in der Anerkennungsfrage. Es kann auf Grund der Quellenlage heute noch nicht geklärt werden, ob die USA unter anderem auf der Washingtoner Konferenz der drei westlichen Außenminister Mitte September dem zu einer Aner-

kennung neigenden britischen Verbündeten eher von einem solchen Schritt energisch abgeraten haben oder für die von besonderen wirtschaftlichen und militärischen Notwendigkeiten bestimmte Haltung Londons Verständnis aufbrachten, ja vielleicht sogar bereit waren, der britischen Argumentation in der Grundsatzfrage einer Anerkennung zu folgen⁵⁾. Dafür, daß die letzte Hypothese nicht gänzlich von der Hand zu weisen ist, sprechen unter anderem die Ausführungen, die der amerikanische Außenminister am 19. September 1949 vor der Pan American Society in New York machte. Obwohl sich Acheson hier expressis verbis nur auf die lateinamerikanische Staatenwelt bezog, konnten seine Ausführungen auch als Versuchsballon in Richtung auf eine neue US-Chinapolitik gewertet werden. Daß er China ganz wesentlich im Auge hatte, glaubten besonders nationalchinesische Stellen in den USA, auf die noch zurückzukommen sein wird. Zwar stellte Acheson einleitend — im Gegensatz zu der bald darauf öffentlich von dem britischen Völkerrechtsexperten Lauterpacht vertretenen Auffassung — fest, daß die USA nicht automatisch eine neue Regierung anerkennen müßten, sobald eine alte, „frei gewählte (was ja auf das Regime Tschiangkaischeks kaum zutrifft) beseitigt worden sei“. Sehr deutlich rückte er aber sodann von den „klassischen“ amerikanischen Anerkennungsstellungen und Theorien ab. Einmal erklärte er — nun ganz auf der offiziellen britischen⁶⁾ Linie von 1949/50 —, daß eine Anerkennung („if and when we do recognize a government“) auf keinen Fall eine Billigung des betreffenden Regierungssystems und ihrer politischen Linie, sondern lediglich ein Anerkenntnis der Tatsachen impliziere. Zum anderen lehnte er als *conditio sine qua non* einer Anerkennung die demokratische Legiti-

⁵⁾ Vergl. hierzu Kapitel „Anglo-amerikanische Interdependenz in der Chinapolitik 1949—50“ in der in Kürze erscheinenden Studie des Verf.: „Außenpolitische Entscheidungen im Kräftespiel einer demokratischen Gesellschaft — Weichenstellungen der amerikanisch-britischen Chinapolitik 1949—51“.

⁶⁾ Die damalige offizielle britische Haltung kam sehr gut in der Zuschrift des britischen Völkerrechtlers H. Lauterpacht an die Londoner „Times“ vom 6. Januar 1950 zum Ausdruck. Hier wurde vor allem das Kriterium der „Effektivität“ herausgestellt, bei Vorliegen desselben eine Pflicht zur Anerkennung einer neuen Regierung durch andere Regierungen bzw. Staaten konstatiert und der Gedanke zurückgewiesen, als ob es sich bei einem solchen völkerrechtlichen Akt um eine „moralische Billigung“ des in Frage stehenden Regimes handeln würde.

³⁾ Schreiben Achesons vom 22. 8. 1949, zit. nach Department of State Bulletin.

⁴⁾ Siehe „United States Relations with China“, hrsg. vom US Department of State, Washington DC 1949.

mierung einer neuen Regierung ab. Als Umschreibung der damaligen Einstellung Washingtons zu den neuen Machthabern in Peking konnte vor allem sein abschließender Hinweis verstanden werden: „Wir mögen die ernstesten Vorbehalte haben hinsichtlich der Art und Weise, in der eine solche Regierung an die Macht gelangt ist; wir mögen deren Einstellung zu den Bürgerrechten auf das äußerste bedauern. Dennoch können unsere langfristigen außenpolitischen Ziele möglicherweise am besten . . . durch eine Anerkennung verwirklicht werden, die im übrigen ja auch dazu beitragen würde, einen direkten Kommunikationsweg mit dem in Frage kommenden Land aufrechtzuerhalten.“⁷⁾

Knapp vier Wochen später wurden Wechselbeziehungen zwischen Innen- und Außenpolitik in der amerikanischen Chinapolitik erneut deutlich, als Senator Knowland kurz vor der „Weihnachtspause“ des Kongresses im Senat einen scharfen Angriff auf die Anfang Oktober von der Handelskammer von San Francisco abgegebene Empfehlung zugunsten diplomatischer- und Handelsbeziehungen zwischen Peking und Washington unter Berufung auf die „große Besorgnis im Kongreß“ und „in der Öffentlichkeit“ mit einer Warnung an die Adresse der Regierung verband, sich nicht auf eine solche Politik einzulassen. Schon am nächsten Tag sah sich Acheson auf einer Pressekonzferenz veranlaßt, wiederum die „alten“ amerikanischen Anerkennungskriterien — effektive Kontrolle, Bereitschaft zur Erfüllung eingegangener internationaler Verpflichtungen und Ausübung der Regierungsgewalt „mit stillschweigender Zustimmung des Volkes“ — zu unterstreichen. Der letztere Terminus („with the acquiescence of the people“) stellte allerdings eine ebenso bedeutsame wie interessante Nuance dar, die auf der Mitte zwischen der früheren Maximalforderung demokratischer Legitimierung Jeffersonscher Prägung („mit dem klar zum Ausdruck gebrachten Willen des Volkes“) und der Minimalforderung der damaligen britischen Auslegung („bei Unterordnung der großen Mehrheit der Bevölkerung“) lag⁸⁾.

⁷⁾ Rede Achesons zit. nach: Department of State Bulletin, 26. September 1949.

⁸⁾ So unter anderem der Resolutionsentwurf der britischen UN-Delegation vom Frühjahr 1950: UN-Generalversammlung 5. Session, Resolution Nr. 396; vergl. auch Report Security Council Gen. OCC, S. 1466 vom 8. März 1950 zu dem damals so kontroversen China-Memorandum des Generalsekretärs T. Lie und Rosalyn Higgins: The Development of International Law through the Political Organs of the United Nations, London 1963, S. 148.

Vielleicht war diese erneute Fixierung der amerikanischen Position im „konservativen“ Sinn zusätzlich darauf zurückzuführen, daß Informationen über eine streng vertrauliche — erst zwei Jahre später auf Druck des Kongresses „freigegebene“ — Round-Table-Konferenz des State Department zum Thema Chinapolitik mit Chinaexperten, unter anderem aus den Bereichen der Wissenschaft, der Missionsgesellschaften und der Industrie, durchgesickert waren. Zweifellos haben solche für das amerikanische Regierungssystem sehr typischen Konferenzen mit führenden Vertretern intermediärer Gruppen („non-governmental organisations“) häufig den public relations Zweck verfolgt, eine bereits feststehende Politik der Exekutive an die sogenannte „wirksame Öffentlichkeit“⁹⁾ und somit auch an die „breite Öffentlichkeit“ zu „verkaufen“. Trotz aller späteren Dementis kann jedoch davon ausgegangen werden, daß diese Round-Table-Konferenz vom 6. bis 8. Oktober 1949 vornehmlich mit dem Ziel emporgerufen wurde, der Exekutive zu einer besseren Urteilsbildung über neue Möglichkeiten einer US-Chinapolitik und insbesondere über das Problem einer amerikanischen Anerkennung Pekings zu verhelfen¹⁰⁾. Vor allem am letzten Konferenztag

⁹⁾ „effective public“ oder auch „policy and opinion elites“. G. Almond unterscheidet (in: „The American People and Foreign Policy“, New York 1950) „political elites“, „administrative“ oder „bureaucratic elites“, „interest elites“, „communications elites“ (Multiplikatoren der Publizistik, aber auch Lehrer, Pfarrer etc.). Das Adjektiv „effective“ bringt besonders gut das Kriterium des „access“ (Zuganges) solcher Eliten zu den exekutiven und legislativen Schlüsselstellungen im außenpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß zum Ausdruck.

In Abgrenzung zu dieser großen Trägergruppe der öffentlichen Meinungen sind die an außenpolitischen Fragen generell interessierten Bürger („attentive public“) und die breite Öffentlichkeit („mass“ oder „general public“) zu sehen.

¹⁰⁾ Im folgenden zitiert nach Schreibmaschinenmanuskript (Protokoll) in der Library of Congress, Washington DC: „Round Table Discussion on American Policy toward China“, Department of State, 6.—8. Oktober 1949 (nicht durchnummeriert). Vorausgegangen war dieser Konferenz der Versand eines Fragebogens an Experten aus dem gesamten Bereich der intermediären Gruppen, aber auch an frühere US-Diplomaten und Politiker. 31 Persönlichkeiten hatten den Fragebogen beantwortet. Diese schriftlichen Vorkonsultationen erhielten später ein großes politisches Gewicht, weil die Vertreter einer Pro-Tschiangkaischek-Richtung in- und außerhalb des Kongresses dem State Department vorwarfen, es habe nur solche Experten schriftlich befragt und auf jeden Fall dann nur solche eingeladen, deren Ansichten dem neuen chinesischen Regime gegenüber als relativ positiv

wurde dieses Problem der Anerkennung den eingeladenen Experten von dem später wegen einer angeblich zu tschiangkaischek-freundlichen Einstellung im Kongreß schärfstens angegriffenen Botschafter Jessup gewissermaßen als Gretchenfrage des State Department unterbreitet.

Schon das erste Votum der Teilnehmer betraf ein hier unter dem Interdependenzaspekt Innen-Außenpolitik besonders interessierendes Problem. So erklärte McNaughton, ein Bankpräsident aus dem Weststaat Oregon: „Ich würde meinen, wir sind auf dieser Konferenz zu der generellen Auffassung gelangt, daß wir die kommunistische Regierung anerkennen können; aber . . . für eine Menge der Dinge, die wir hier diskutieren, werden wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder die öffentliche Meinung des Landes noch den Kongreß gewinnen können.“

Man müsse daher behutsam vorgehen. Auf die präzise Zusatzfrage Jessups, ob er der Ansicht sei, daß eine Anerkennung Pekings in seiner Heimat im Westen „geschluckt“ werden würde, antwortete der Bankfachmann unmißverständlich: „Ich glaube, daß es eine Explosion geben würde.“ Noch deutlicher charakterisierte N. Pepper, Dozent an der Columbia Universität, die inhibierende Wirkung, die von der „Innenseite“ der amerikanischen Außenpolitik in dieser Frage ausging: „Ist es nicht“, so votierte er laut Protokoll unter lautem Beifall, „eine sehr gefährliche Sache in der ge-

bekannt gewesen waren. Weder schriftlich befragt noch eingeladen wurde tatsächlich z.B. der damals schon ausgesprochen pro-nationalchinesisch eingestellte Professor D. Rowe, Yale. Vorher befragt, aber nicht eingeladen wurde zum Beispiel Professor Karl Wittfogel, der wie Rowe später aktiv im „Committee of the One Million“ mitarbeitete. Die Liste der Eingeladenen weist unter anderen Vertreter der Kirchen, der Industrie und Bankwelt, der Publizistik und der Gewerkschaften auf. An der Teilnahme verhindert waren die Vertreter der New York Times, des Wochenblattes Time und des Gewerkschaftsdachverbandes CIO.

Besonders bemerkenswert waren die einleitenden Ausführungen des damaligen Chefs der Planungsabteilung im US State Department, George F. Kennan, über die weltpolitische Lage. Der Rußlandexperte hob — entgegen der Argumentation von republikanischer Seite — hervor, daß für eine Politik der Eindämmung des Kommunismus in Asien nicht die Voraussetzungen gegeben seien, wie sie in Europa beständen, und seiner Ansicht nach auch das neue China schon aus der chinesischen Tradition heraus nicht zu einer aggressiv-expansionistischen Außenpolitik neige, wengleich natürlich das Regime Mao für die Position der freien Welt in Asien eine ernste Gefahr darstelle.

genwärtig so gespannten Weltlage, . . . daß wir uns anschicken . . . vor denjenigen zu kapitulieren, die über die beste Lobby verfügen und die beste Propaganda betreiben . . . , obwohl die Fachleute nach reiflicher Überlegung ein . . . anderes Urteil abgeben? . . . Es gibt überhaupt kein echtes Argument gegen eine . . . Anerkennung, außer, daß eine Reihe von Leuten ‚explodieren‘ wird. Wenn aber unser Land es so weit gebracht hat, daß die Regierung gegen ihr besseres Wissen blockiert wird, weil gewisse Leute explodieren könnten, dann mag der Allmächtige unserer Republik helfen.“

Eine positive Einstellung zu einer Politik der amerikanischen Anerkennung Pekings wurde lediglich von dem Leiter des bekannten World Affairs Council von Northern California für die Westküste der USA konstatiert¹¹⁾. Zur Untermauerung seiner Argumentation wies dieser Experte vor allem auf die bereits erwähnte Stellungnahme der Handelskammer von San Francisco hin. Wengleich die eindeutige Sprache dieser regional bedingten Empfehlung als ausgesprochen atypisch angesehen werden muß, so läßt sich nicht nur aus weiteren auf dieser Konferenz abgegebenen Voten, sondern auch aus zusätzlichen Quellen nachweisen, daß 1949/50 auch andere Kreise der amerikanischen Wirtschaft ebenso wie zum Beispiel die Religionsgemeinschaften und Missionsgesellschaften zu einer Politik des *modus vivendi* mit Peking, wenn nicht sogar zu einer Anerkennung tendierten.

Vorherrschend aber war auf dieser Round-Table-Konferenz der — insgesamt richtige — Eindruck, daß eine Anerkennungspolitik zu diesem Zeitpunkt in den verschiedenen Be-

¹¹⁾ Meinungsumfragen des Gallup-Institutes wiesen um diese Zeit zur Anerkennungsfrage folgendes Bild für die Vereinigten Staaten insgesamt auf: Anfang Juli 1949 41% gegen, 19% für eine Anerkennung der neuen Machthaber in Peking, 15% die sich nicht festlegen wollten und 25%, die sich als nicht genügend informiert ausgaben. Ende November 1949 waren gegen eine Anerkennung 42%, für eine solche 20%. Der Prozentsatz der Nichtinformierten liegt auf außenpolitischem Gebiet in demokratischen Regierungssystemen verschiedener Spielarten im Durchschnitt bei 25 bis 30%, wie eine größere Zahl empirischer Untersuchungen ergeben hat. Einen der sensationellsten Befunde in dieser Richtung ermittelte im Zusammenhang mit unserem Thema das Survey Research Center der Universität von Ann Arbor, Michigan, im Frühsommer 1964. Danach wußten rund 28% der amerikanischen Bevölkerung nichts von einer kommunistischen Herrschaft auf dem chinesischen Festland!

reichen der öffentlichen Meinung auf erheblichen Widerstand stoßen würde. Dennoch sprach sich im Endeffekt die überwiegende Mehrheit der Konferenzteilnehmer, die sich auf die Frage Jessups hin äußerten, grundsätzlich für eine Anerkennung des kommunistischen Regimes in China aus, wobei Unterschiede in den einzelnen Voten sehr gering waren und sich vor allem auf den Zeitpunkt — auch hier ging es nur um Wochen —, auf ein Zusammengehen mit Indien, Großbritannien und anderen Mächten, auf eventuell zu fordernde bzw. zu erreichende Gegenleistungen von der „anderen Seite“ sowie eben auf die Notwendigkeit bezogen, die öffentliche Meinung zunächst auf einen solchen Schritt systematisch vorzubereiten. Weitere Empfehlungen wichtiger Konferenzteilnehmer wurden dahin gehend abgegeben, daß die USA eine Politik des Disengagement von Tschiangkaischek einleiteten, die nationalchinesische Blockade des chinesischen Festlandes notfalls mit Gewalt „brechen“ und im übrigen an Handelsbeziehungen mit Peking ausschließlich des Bereiches strategisch wichtiger Güter festhalten sollten. In letzterer Richtung äußert sich besonders dezidiert der führende Vertreter der Wirtschaft auf dieser Konferenz, W. R. Herod, damals Präsident von International General Electric.

Im Verlaufe des Oktober und November 1949 schien die Regierung an Versuchen, zu einem Ausgleich mit der kommunistischen Seite zu kommen, trotz der immer stärkeren anti-amerikanischen Maßnahmen und Propagandafeldzüge Pekings festzuhalten. So protestierte sie z. B. noch Mitte November — obwohl sich damals der amerikanische Generalkonsul in Mukden mit einigen Mitarbeitern bereits mehrere Wochen in Haft befand und Washington dieserhalb scharfe Demarchen unternahm — bei dem alten nationalchinesischen Verbündeten wiederholt gegen die Blockade des chinesischen Festlandes. Zwar dürften solche Proteste auch auf Forderungen betroffener amerikanischer Wirtschaftskreise zurückzuführen gewesen sein. Dennoch entbehrte die drei Jahre später in einem Senats-Untersuchungsausschuß aufgestellte Behauptung nicht einer gewissen Berechtigung, daß die Regierung mit dieser Politik sich nicht zuletzt von den Round-Table-Konferenz-Empfehlungen vom Oktober beeinflussen ließ¹²⁾.

¹²⁾ Vergl. vor allem den Bericht des Untersuchungsausschusses: Senate Committee on the Judiciary, „Hearings on the Institute of Pacific Relations“, 82. Congress, 1. und 2. sess., S. 213 ff.

Im Spätherbst 1949 konzentrierte sich dann die diplomatische Aktivität der USA in der Chinafrage immer stärker auf die UN, wo der Kurs Washingtons, wie an anderer Stelle dargelegt wird, ebenfalls nicht eindeutig in einer pro-nationalchinesischen Richtung verlief, und auf die Ebene des unmittelbaren britisch-amerikanischen Gedankenaustausches. Mitte Dezember unterrichtete Bevin seinen amerikanischen Kollegen von dem Beschluß des britischen Kabinetts, Peking anzuerkennen. Am 23. Dezember „bedauerte“ Acheson dies zwar — seinen späteren Aussagen vor dem Kongreß zufolge — gegenüber London lebhaft¹³⁾. Gleichzeitig wurden nun aber in den Beratungen über den künftigen Kurs der US-Politik gegenüber Tschiangkaischek innerhalb der exekutiven außenpolitischen Entscheidungsspitze in Washington wichtige Weichen wiederum auf der Linie der Oktober-Konferenz gestellt. Dabei ging es vor allem darum, ob Formosa — seit Anfang Dezember letzter Zufluchtsort des Generalissimus — militärisch durch die USA abgeschirmt werden sollte oder nicht.

Als einer der wichtigsten „Indizienbeweise“ für eine beabsichtigte bzw. eingeleitete Politik „mittlerer Schritte“ Washingtons auf dem Wege zu einem endgültigen Disengagement von Tschiangkaischek kann aus diesem Zeitraum ein durch Presseindiskretionen in groben Zügen bekanntgewordener, erst anderthalb Jahre später in vollem Wortlaut von der Regierung freigegebener Runderlaß des State Department vom 28. Dezember 1949 angesehen werden. Aus diesem sogenannten „Informationsmemorandum über die US-Formosa-Politik“, das in erster Linie zur Unterrichtung der mit der „Stimme Amerikas“ befaßten Mitarbeiter im Ausland vorgesehen war, ging klar hervor, daß zumindest die außenpolitische Entscheidungsspitze des State Department damals fest mit dem baldigen Fall Formosas rechnete („its loss... is widely anticipated“). Sie wollte daher der ihrer Ansicht nach „irrigen Auffassung“ in der Öffentlichkeit entgegenwirken, daß die Insel für die USA von lebenswichtiger strategischer Bedeutung war — eine Auffassung, zu der sich die führenden amerikanischen Militärs im Gegensatz zum

¹³⁾ Vor dem Untersuchungsausschuß des Senates: „Inquiry into the military situation in the Far East and the facts surrounding the relief of General of the Army Douglas MacArthur from his assignment in that area“, Washington DC 1951, 4 Teile und Anhang.

State Department inzwischen durchgerungen hatten. Das Memorandum hob hervor, daß die Entsendung von Truppen und Waffen — und hier ist man heute versucht, Vergleiche zur Entwicklung der Vietnamkrise anzustellen — weder China noch dem Regime Tschiangkaischek nützen, die USA in ein langfristiges Abenteuer, möglicherweise in einen Landkrieg auf dem asiatischen Festland verwickeln, einer unerquicklichen Propaganda sogar von seiten befreundeter Völker aussetzen und damit vor allem den Zielen des sowjetischen Kommunismus dienen würde¹⁴⁾.

Inwieweit Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der militärischen und politischen Zweckmäßigkeit eines amerikanischen Schutzes für Formosa zwischen dem Pentagon und dem State Department im Laufe des Dezember beigelegt werden konnten, ist heute noch umstritten. Auf jeden Fall fiel die Entscheidung in einer später oft zitierten Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates vom 29. Dezember zugunsten der Empfehlungen der politischen Ratgeber des Präsidenten, das heißt des Außenministeriums. Diese Sitzung fand schließlich einen Niederschlag in der seinerzeit als sensationell empfundenen Erklärung, die Truman am 5. Januar 1950 zur zukünftigen Formosapolitik der USA verbreiten ließ und durch die er wiederum der Generallinie der Round-Table-Konferenz vom Oktober 1949 und des State Department-Erlasses vom 23. Dezember 1949 weithin sichtbar gefolgt zu sein schien, obwohl Moskau inzwischen einen ersten Vorstoß zugunsten Pekings im Sicherheitsrat der UN unternommen hatte. Im entscheidenden Punkt dieser Erklärung hieß es: „Die USA haben nicht die Absicht, ihre militärischen Streitkräfte zur Einwirkung auf die gegenwärtige Situation einzusetzen. Die Regierung der USA wird keinen Kurs einschlagen, der zu einer Verwicklung in den chinesischen Bürgerkrieg führen könnte . . . und den chinesischen Streitkräften auf Formosa keine militärische Hilfe oder militärische Beratung zukommen lassen.“¹⁵⁾

Der Präsident sicherte allerdings die Abwicklung der schon disponierten Wirtschaftshilfe zu und machte im übrigen deutlich, daß die USA „zum gegenwärtigen Zeitpunkt“ auf Formosa keine Stützpunkte zu errichten oder andere Rechte zu erwerben beabsichtigen. Die zeitliche Einschränkung legte Acheson noch am selben Tage auf einer Pressekonferenz dahin

¹⁴⁾ Ebenda, Teil III, S. 1667—68.

¹⁵⁾ Zit. nach Department of State Bulletin 16. 1. 50

gehend aus, daß sich die Situation dann ändern könnte, wenn die USA im Fernen Osten angegriffen werden sollten — eine Eventualität, die ja dann mutatis mutandis im Zusammenhang mit dem Koreakrieg eintrat¹⁶⁾.

An dieser Stelle ließe sich im einzelnen besonders gut die Interdependenz von amerikanischer Innen- und Außenpolitik in der Frage der Haltung Washingtons gegenüber dem neuen Regime in Peking herausarbeiten. Wir müssen uns im Rahmen dieses Aufsatzes auf einige Andeutungen beschränken: Kritiker und Gegner der Regierung Truman, vor allem aus den Reihen der republikanischen Partei, vertraten unmittelbar nach der Erklärung des Präsidenten — fraglos ebenso überzeugt von dem verhängnisvollen Charakter der sich hier anbahnenden neuen US-Chinapolitik wie beeinflusst von parteitaktischen Erwägungen — die Auffassung, daß der Präsident einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Wege zu einer Anerkennung der Volksrepublik China habe tun wollen. Gleichzeitig wurde im Kongreß — und noch stärker in einer Reihe von amerikanischen und britischen Zeitungen — der These Vorschub geleistet, daß diese Erklärung vom 5. Januar 1950 im Zusammenhang mit der britischen Anerkennung Pekings vom 6. Januar 1950, das heißt als Anzeichen einer internen Abstimmung zwischen beiden Westmächten, darüber gesehen werden müsse, das gleiche Endziel eines rapprochements mit Peking — zumindest aber eine Zwei-China-Lösung — auf verschiedenen Wegen bzw. Umwegen anzusteuern. In dieser ihrer Auffassung konnten sich die republikanischen Kritiker noch dadurch bestärkt fühlen, daß in der am selben Nachmittag des 5. Januar einsetzenden Senatsdebatte der demokratische Vorsit-

¹⁶⁾ Die seinerzeit auch innerhalb des State Department — nach privaten Informationen damaliger Beamter — als sensationell empfundene Wendung der US-Formosa-Politik um 180 Grad von einem Disengagement im Januar zu einer Garantieerklärung Ende Juni dürfte von der außenpolitischen Entscheidungsspitze Präsident—Außenminister—Assistant Secretary Far East (seit dem Frühjahr Dean Rusk) gefällt und nicht von außerexekutiven Kräften, das heißt auch nicht von der republikanischen „Opposition“ beeinflusst worden sein. Die von Rusk im Mai 1951 unter anderem mit dem Hinweis darauf begründete harte Linie der USA gegenüber Peking, daß die kommunistische Regierung noch nicht einmal den ersten Test bestehe, das heißt „nicht chinesisch“ sei, wurde endgültig erst nach der Verurteilung Pekings durch die UN im Frühjahr 1951 befolgt. Selbst nach dem Eingreifen Pekings in den Koreakrieg hatte sich die Regierung in Washington noch wiederholt kompromißbereit gezeigt.

zende des Außenpolitischen Ausschusses, Conally, solche Intentionen der eigenen Regierung keineswegs völlig in Abrede stellte, ja ihre Verwirklichung „zu gegebener Zeit“ sogar indirekt befürwortete und auch für London keine Worte des Tadels fand.

Nachdem in früheren Monaten einzelne Republikaner wiederholt die eigene wie auch die britische Regierung vor jedem Schritt in Richtung auf eine Anerkennung gewarnt und dabei Washington mit dem Entzug einer innenpolitischen Unterstützung für andere außenpolitische Maßnahmen und London mit dem Entzug amerikanischer Wirtschaftshilfe gedroht hatten, nahmen die republikanischen Senatoren nun in der ersten Januarhälfte trotz aller gerade für ihre Fraktion und Partei so charakteristischen sonstigen innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten in innen- und außenpolitischen Fragen geschlossen gegen die Chinapolitik der Regierung Stellung. Insbesondere warfen sie den „Demokraten“ vor, die bislang hinsichtlich der Europa- und UN-Politik so gut funktionierende „gemeinsame Außenpolitik“ („bipartisanship“)¹⁷⁾ dadurch absichtlich über Bord geworfen zu haben, daß sie jegliche Vorinformation und Vorkonsultation der „Opposition“ vor dieser schwerwiegenden Festlegung einer neuen Politik am 5. Januar unterlassen hätten. Wenn wir einmal davon absehen, ob der außenpolitische Experte der republikanischen Senatsfraktion und besondere „Vertraute“ Trumans wie Achesons, der damals schon schwerkranke Arthur Vandenberg, von der Exekutive zumindest Hinweise auf den bevorstehen-

den Kurswechsel in Richtung auf ein Disengagement von Formosa erhalten hatte, so scheint festzustehen, daß zwei so führende republikanische Senatoren wie H. Alexander Smith und W. Knowland — Mitglieder des Auswärtigen bzw. Verteidigungsausschusses — auch noch anlässlich ihrer Vorsprache bei dem Außenminister am 5. Januar 1950 vormittags nicht richtig informiert wurden¹⁸⁾.

Es muß an anderer Stelle untersucht werden, mit welcher verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Berechtigung die „Opposition“ im Dreiecksverhältnis Exekutive-Präsidentenpartei-Oppositionspartei damals eine Beteiligung am außenpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß in dessen verschiedenen Stadien der „Planung“, „Empfehlung“, „Festlegung“ usw. forderte¹⁹⁾. Auch die Frage, inwieweit die „Opposition“ von sich aus Empfehlungen abgegeben, das heißt brauchbare Alternativen entwickelt hatte, muß hier unerörtert bleiben.

Als Beispiel für viele das Prinzip der bipartisanship nunmehr aufkündigende Voten von republikanischer Seite soll hier nur die scharfe Rede des einflußreichen Senators Homer Ferguson vom 17. Januar erwähnt werden, der sich zwar für seine Person nach wie vor grundsätzlich zu einem größtmöglichen Ausmaß an „Debatte, Konsultation und Übereinstimmung“ zwischen den Parteien in der Außenpolitik bekannte, dann aber erklärte:

„Ich bin wirklich der Ansicht, daß der Präsident . . . die Senatsmitglieder auf dieser Seite des Hauses von der Verpflichtung entbunden

¹⁷⁾ Vergl. Debatten im Senat: CR, 81. Congr., 2. sess., S. 100 ff. Als wichtigste Merkmale einer solchen für die USA in Theorie und Praxis besonders seit dem Zweiten Weltkrieg ebenso bedeutsamen wie charakteristischen gemeinsamen Außenpolitik können gelten: Information und Konsultation im Dreiecksverhältnis Exekutive—Präsidentenpartei—„Oppositionspartei“; Beteiligung auch der „Opposition“ an der Festlegung außenpolitischer Richtlinien und an dem Ablauf des tatsächlichen Entscheidungsprozesses (wie etwa auf einigen der großen internationalen Konferenzen der vierziger Jahre); Beauftragung oppositioneller Politiker mit außenpolitischen Exekutivaufgaben (z. B. Beauftragung des Republikaners John Foster Dulles mit der Ausarbeitung des Japanischen Friedensvertrages durch eine demokratische Administration 1950/51); Honorierung eines solchen exekutiven Stiles durch die Unterstützung exekutiver Maßnahmen in der Legislative auch von seiten wichtiger Oppositionsgruppen und schließlich eine Ausklammerung außenpolitisch kontroverser Themen aus Wahlkämpfen.

¹⁸⁾ Vergl. im nicht veröffentlichten Teil des Nachlasses des führenden außenpolitischen Experten der Republikaner in den vierziger Jahren, Arthur Vandenberg („Mr. Bipartisanship“), unter anderem den Brief Vandenberg's an Acheson vom 3. Januar 1950: „als Postskriptum zu unserer angenehmen Unterhaltung in der vorigen Woche, als Sie mich zu Hause aufsuchten . . .“, in der Nachlaß-Abteilung der Universitätsbibliothek in Ann Arbor.

Zu dem Ablauf der Ereignisse am 5. Januar 1950 morgens siehe die minutiösen Tagebuchaufzeichnungen des republikanischen Senators H. Alexander Smith, die dem Verfasser durch freundliche Vermittlung des mit der Sichtung und Veröffentlichung der Smith-Papiere beauftragten Dr. Leany, School of History, Princeton University, zugänglich gemacht wurden.

¹⁹⁾ In Anwendung des Funktionsschemas, das Harold Lasswell für Analysen des politischen Entscheidungsprozesses entwickelt hat, in: „The Decision-Process — Seven Categories of Functional Analysis“, Bureau of Governmental Research, University of Maryland, 1956.

hat . . . , noch an der Idee der bipartisanship festzuhalten."

Spätestens vom 14. Januar ab dürften dann alle möglicherweise in der Exekutive gehegten Pläne in Richtung auf eine Anerkennung Pekings erneut durch scharfe anti-amerikanische Maßnahmen der Regierung Mao — durch die Beschlagnahme des amerikanischen Konsulareigentums in Peking — zunichte gemacht worden sein. Für diese, den internationalen Usancen zuwiderlaufende Behandlung ausländischer Diplomaten und ausländischen Eigentums in China, an die man durch die Vorgänge in jüngster Zeit erinnert wird, werden ganz verschiedene Erklärungen angeboten, die wahrscheinlich erst alle zusammengenommen ein richtiges Bild vermitteln: so die nationalpsychologische, wonach Mao dem seit hundert Jahren unter der demütigenden Politik westlicher Imperialmächte leidenden Volk ein neues Vertrauen in die eigene, und damit kommunistische Sache einflößen wollte, jetzt dem Westen die „Tür vor der Nase“ zuschlug und überhaupt nicht die Absicht hatte, sich von den UN oder von Washington anerkennen zu lassen; die „Schreckgespenst“-Theorie, derzufolge die neue Regierung im Stile totalitärer Praktiken der dreißiger Jahre einen außenpolitischen Feind brauchte, um der innenpolitischen Situation noch besser Herr werden zu können; die Theorie, daß die Sowjetunion — trotz allem Anschein des Gegenteils, der durch ihre Forderungen an die UN Anfang 1950 erweckt wurde — Peking gar nicht in der Weltorganisation sehen wollte; die dem Verfasser gegenüber von dem amerikanischen Mongolei-Experten Lattimore aufgestellte These, daß das neue Regime durch seine anti-amerikanische Politik vor allem potentielle Kollaborateure des Westens unter den traditionell eher mit den USA sympathisierenden chinesischen Beamten treffen wollte, weil es sie auf längere Zeit noch nicht in dem riesigen Verwaltungsnetz des Landes durch geschulte Kommunisten ersetzen konnte; und last not least natürlich auch die Tatsache, daß die USA sich zwar von Tschiangkaischek disengagieren mochten, diesen aber nicht im Sinne einer kommunistischen Ein-China-Theorie preisgeben konnten und sich somit in den Augen Pekings unfreundlich verhielten.

Obwohl das State Department in einer amtlichen Verlautbarung vom 14. Januar 1950 die anti-amerikanischen Maßnahmen scharf verurteilte und die Zurückziehung aller seiner Beamten aus China bekanntgab, setzten die Republikaner — vor allem durch Senator

Knowland — im Kongreß sofort wieder mit einer heftigen Kritik an der Chinapolitik der Exekutive ein. Da die unzweideutige Reaktion Washingtons auf die neue Herausforderung Pekings ja an sich auf der Linie vieler Republikaner lag, dürfte die erneut vorgetragene Kritik sehr stark parteitaktisch motiviert gewesen sein. Dies wurde besonders deutlich, als Knowland die Exekutive einmal mehr wegen einer unterlassenen rechtzeitigen Informierung der „zuständigen“ Gremien der Legislative — spricht: auch der „Opposition“ — über die neueste Entwicklung tadeln zu müssen glaubte. In der „Zwickmühle“ zwischen Opposition im Innern und dem chinesischen Druck von außen versteifte sich dann in den darauffolgenden Wochen und Monaten die Haltung Washingtons Peking gegenüber zusehends. Auffallend war zum Beispiel, daß der Außenminister sich in seiner nächsten größeren öffentlichen Rede am 16. Februar zur amerikanischen Chinapolitik überhaupt nicht mehr direkt äußerte, hingegen sehr viel über seine neue Konzeption der „totalen Diplomatie“, mit der dem Sowjetblock einschließlich des chinesischen Satelliten begegnet werden sollte. Auch diese Haltung vermochte jedoch die Opposition trotz eines gelegentlich erteilten Lobes in Einzelfragen der Chinapolitik im Februar und März nicht davon abzuhalten, der Exekutive in verschiedenen Beratungen innerhalb und außerhalb der Legislative mehr oder weniger offen mit dem Entzug ihrer Unterstützung der Regierungspolitik in anderen auswärtigen Bereichen zu drohen, falls sie sich doch noch zu Konzessionen gegenüber Peking bereit finden sollte.

Die Auseinandersetzung der Parteien um die US-Chinapolitik — sicherlich auch schon geführt im Hinblick auf die Zwischenwahlen zum Kongreß im Herbst 1950 — erreichte in dieser Beziehung einen Höhepunkt Ende März, als der dienstälteste Republikaner im Bewilligungsausschuß des Senates, Styles Bridges, der Regierung den Fehdehandschuh hinwarf mit den Worten: „Ich bin zu einem Endkampf auf offener Bühne in Sachen gemeinsame Außenpolitik bereit.“ Truman nahm ihn mit der Feststellung auf, daß Bridges und andere seiner Kollegen — die kurz zuvor den Rücktritt Achesons gefordert hatten — des „Kremls größte Pluspunkte in den USA“ darstellten²⁰⁾.

²⁰⁾ Zit. nach New York Times, 1. April 1950; siehe auch: Public Papers of the Presidents, H. S. Truman 1950, Washington DC 1965, S. 236.

Die auch durch die damals gerade einsetzenden Angriffe McCarthys auf die angebliche Illoyalität vieler State Department-Beamter verschärfte parteipolitische Krise wurde zwar schon wenige Wochen später durch die Bemühungen Vandenberg und Connallys sowie durch ein persönliches Gespräch zwischen Truman und Bridges, der kraft seiner Stellung für die Regierung nicht unwichtig war, wieder ein wenig beigelegt, schwelte dennoch mit Unterbrechungen bis zum Ausbruch des Koreakrieges weiter. Im zweiten Quartal des Jahres 1950 befürchtete dann die „Opposition“ eine

Anerkennungspolitik der Regierung vor allen auf dem Umwege über die Vereinten Nationen, wo Washington zunächst darauf verzichtet hatte, gegen die Zulassung Pekings ein Veto einzulegen. Sie ging daher jetzt auch dazu über, die eigene Regierung indirekt durch Attacken auf den UN-Generalsekretär in Verlegenheit zu bringen, der sich damals um eine Regelung des umstrittenen Pekinger Vertretungsrechtes bemühte und schließlich resigniert feststellen mußte, daß unter anderem „eine China-Lobby“ die Handlungsfreiheit der amerikanischen Regierung einengte²¹⁾.

II. Zur China-Lobby

Nicht zuletzt die Tatsache, daß kritische Stimmen und inhibierende Empfehlungen zur amtlichen US-Chinapolitik 1949/50 keineswegs allein aus dem Bereich der Legislative kamen, hat in der Folgezeit zu der großen, bis heute nicht verstummten inneramerikanischen Kontroverse über eine sogenannte „China-Lobby“ Anlaß gegeben²²⁾. Über den Begriff der politischen Lobby liegt — genauso wie über den der *pressure-group* — besonders von amerikanischen Politikwissenschaftlern und Soziologen eine heute beinahe schon unüberschaubare Fachliteratur vor. Man kann den Standpunkt vertreten, daß mit beiden Termini nur spezielle Formen des Vorgehens von Interessengruppen am Sitz von Bundesexekutive und Bundeslegislative in Washington — oder am Regierungssitz in anderen pluralistisch-demokratischen Staatsordnungen — charakterisiert werden sollen, das heißt die Art und Weise versuchter Einflußnahmen einzelner solcher Gruppen auf jeweils „interessierende“ Gesetze während des Gesetzgebungsvorganges oder auf die Festlegung bestimmter, die eigenen Interessen berührenden politischen Richtlinien. Im Gegensatz zu dieser Auffassung möchte der Verfasser generell den Gebrauch des Terminus Lobby auf solche Bestrebungen einschränken, die auf die Erreichung bzw.

Durchsetzung allgemeiner politischer, nicht aber spezifisch interessegebundener Zielvorstellungen gerichtet sind und die eine besondere Trägerschaft aufweisen. Was letztere betrifft, so würde es sich hier nicht um Bestrebungen handeln, die jeweils einzeln von bestimmten Interessengruppen im intermediären Bereich — das heißt also etwa von einem Industrie- oder Gewerkschaftsverband — ausgehen, sondern um koordinierte Bemühungen von Führungskräften aus verschiedenen Gruppen in diesem Bereich — einschließlich der Publizistik — ebenso wie aus den politischen Parteien, der Legislative, ja möglicherweise sogar der Exekutive.

Im Hinblick auf die Zielsetzung und Trägerschaft solcher Bestrebungen hat der amerikanische Gesetzgeber in den letzten dreißig Jahren einige — in dieser Form nur in den USA konzipierte — Gesetze verabschiedet, die einerseits die Legitimität von Versuchen unterstreichen sollten, in einer pluralistischen Demokratie aus dem intermediären Bereich heraus auf die politische Willensbildung Einfluß zu nehmen, die aber andererseits einer terminologischen Konfusion eher förderlich waren. Vor allem handelte es sich hier um den bekannten Regulation of Lobbying Act 1946. Er zielte ausschließlich auf die Arbeit von Lobby-Büros in Washington ab, die den Gang der Gesetzgebung zu beeinflussen suchen. Solche Lobbies müssen Namen und Adressen ihrer Auftraggeber registrieren und in regelmäßigen, sehr detaillierten Berichten, die im Congressional Record veröffentlicht werden, unter anderem Auskunft geben über die von ihnen „beobachteten“ Gesetzentwürfe, die Vertragsverhältnisse der Angestellten einschließ-

²¹⁾ S. oben Anmerkung Nr. 5 und 8; vergl. auch Memoiren T. Lie, *In the Cause of Peace*, New York 1954.

²²⁾ Zur Entstehungsgeschichte des Begriffes „China-Lobby“ siehe vor allem H. P. Cain, US-Senat 6. Juni 1952: US Congress 82., 2. sess. (im folgenden: Sonderdruck); erste große Serienveröffentlichung zum Thema in der Zeitschrift „Reporter“, April 1952, und „Military Situation in the Far East“, a. a. O., Teil III.

lich ihrer Bezüge, Sach- und Repräsentationsausgaben. Dabei sind besonders ausführliche Angaben über Zeitungen und Zeitschriften zu machen, in denen Artikel oder auch Anzeigen placiert werden konnten.

Während dieser Act das Lobbying für Inlandsinteressen erfassen will, war schon 1938 — interessanterweise sehr wesentlich unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Auslandspropaganda — die in den USA zugunsten ausländischer Interessen betriebene public relations-Arbeit durch den „Foreign Agents Registration Act“ einem sehr engmaschigen Überwachungsmechanismus unterworfen worden. Nach der Neufassung von 1964—1966 geht es hier um alle Personen, „die als Beauftragte, Vertreter und Angestellte ... auf Weisung ... oder unter der ... Kontrolle eines ausländischen Auftraggebers ... auftreten ... und direkt oder durch Dritte ... innerhalb der Vereinigten Staaten sich politisch für oder im Interesse eines solchen ausländischen Auftraggebers betätigen als public relations-Berater ... in einer Informationstätigkeit oder als politische Berater“.

Auch solche foreign agents unterliegen einer Registrierpflicht und müssen unter anderem eine vollständige Namensliste aller Beschäftigten sowie Einzelheiten über deren Vertragsverhältnisse vorlegen, in halbjährlichen Abständen dem Justizministerium über ihre Arbeit und ihr Finanzgebaren berichten und dabei auch Belegexemplare aller politischen Propagandaschriften und Unterlagen über deren Verbreitung einreichen. Ausgenommen von solchen gesetzlichen Regelungen sind unter anderem Personen, die diplomatische Immunität genießen, also etwa offizielle nationalchinesische Stellen in den USA.

Registriert waren im Sinne des Foreign Agents Registrations Act unter dem Gesichtspunkt unseres Themas Anfang der fünfziger Jahre in den USA unter anderem das Hauptquartier der Kuomintang, die im Frühjahr 1951 in ihrem Bericht an das US-Justizministerium einen Mitgliederstand von 3825 und 45 regionale Büros in den USA angab und hier zwei Zeitungen und einen Nachrichtenspiegel herausgab. Für letzteren sollen nach Auskünften des Senators Morse vor einem Untersuchungsausschusses des Kongresses in den Jahren zwischen 1946—1949 allein rund 654 Millionen Dollar ausgegeben worden sein. Wie hoch sonst die von nationalchinesischer Seite in den vierziger Jahren zur Beeinflussung der

öffentlichen Meinung der USA eingesetzten Beträge waren, läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen. Daß eine solche public relations-Arbeit in großem Umfange betrieben wurde, räumte Außenminister Acheson im Frühsommer 1951 ein, als die Regierung auf besondere Weisung Trumans eine interministerielle Sonderkommission mit der Untersuchung des gesamten Komplexes „China-Lobby“ beauftragte.

Es bleibt nach wie vor ein erstaunliches Faktum, daß weder die Recherchen dieser Kommission der Öffentlichkeit bekannt wurden noch Untersuchungen des Kongresses die Zusammenhänge erhellen vermochten²³⁾.

Als direkt bezahlter Angestellter der nationalchinesischen Seite im Sinne sowohl des Foreign Agents Registrations Act wie des Regulation auf Lobbying Act war in dem uns hier interessierenden Zeitraum nur der public relations-Berater W. J. Goodwin ausgewiesen worden. In den Vierteljahresberichten über die Lobby-Tätigkeit vom Juli 1950 gab Goodwin an, daß er bis zum 10. April 1950 beratend für den nationalchinesischen Nachrichtenspiegel tätig gewesen sei, und erklärte in diesem Zusammenhang wörtlich: „Meine Arbeit war darauf gerichtet, dem Kongreß die Ansichten Nationalchinas näherzubringen und dabei auch die kommunistische Propaganda zurückzuweisen, die durch eine ständige — beabsichtigte oder unbeabsichtigte — Wiederholung in gewissen Radio- und Zeitungsberichten sowie von seiten einiger Regierungsvertreter an Glaubwürdigkeit gewann.“²⁴⁾

Senator Morse charakterisierte 1951 diese Tätigkeit mit den Worten, Goodwin habe der „geistigen Führungselite in den USA einschließlich der Mitglieder des Kongresses“ die Gefahren vor Augen zu führen versucht, die der Sicherheit der USA durch die kommunistischen Weltrevolutionsbestrebungen erwachsen, und umgekehrt das Vertrauen in die nationalchinesische Regierung wecken und stärken wollen. Dieser „Lobbyist“ hat angeblich wiederholt selber behauptet, daß er während seiner Tätigkeit „mindestens 100 Mitglieder“ des Kongresses bewirtet und „mindestens 50 von ihnen“ zu einer formosa-freundlichen Haltung bewogen habe. Er soll zeitweilig zwi-

²³⁾ Truman drängte auf eine beschleunigte Arbeit dieser Kommission; siehe zum Beispiel Vermerk vom 11. Juni 1951, OF 150, 1950—1953, Truman Papers, Truman Library, Independence, Miss.

²⁴⁾ CR, 81. Congr., 2. sess., S. 1256 f

schen 30 000 und 40 000 Dollar jährlich für diese Arbeit erhalten haben.

Nicht nur auf mögliche finanzielle Zusammenhänge zwischen nationalchinesischen Stellen und einzelnen amerikanischen Persönlichkeiten und Gruppen, sondern gerade auch auf sehr beachtliche Versuche der Einflußnahme ersterer auf die US-Außenpolitik wurde eine breitere Öffentlichkeit durch eine als sensationell empfundene Artikelserie vom April 1952 in der Zeitschrift „Reporter“ hingewiesen. Hier wurde — wie schon vorher andeutungsweise durch einen Senator im Kongreß — aus Telegrammen zitiert, die vom Juni 1949 bis zum September 1950 zwischen amtlichen chinesischen Stellen in Washington und höchsten Regierungsbehörden auf Formosa (möglicherweise handelte es sich dabei um Tschiang-kaischek) gewechselt worden sein sollen²⁵). Diese Stellen müssen über umfangreiche Informationen hinsichtlich des außenpolitischen Entscheidungsprozesses verfügt und Zugang zu den wichtigsten außenpolitischen Entscheidungsinstanzen der USA gehabt haben. So waren sie offensichtlich recht genau über die Round Table Konferenz von Oktober 1949 und die noch geheimen Sitzungen des Nationalen Sicherheitsrates vom Dezember unterrichtet. Das zeigte zum Beispiel die „Meldung“ unmittelbar vor der Formosaentscheidung Trumans Anfang Januar 1950: „In der letzten Woche, als im Nationalen Sicherheitsrat *unser Memorandum zur Diskussion stand . . .*“ Schon ein Bericht vom 15. August 1949 hatte einen direkten Zugang zu höchsten außenpolitischen Entscheidungsinstanzen als gegeben bezeichnet: „Wir können“, so hieß es hier, „den Präsidenten, Mitglieder des Kongresses und auch des Kabinetts erreichen, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, was für uns die wirksamste Methode des Vorgehens ist.“

Als wichtigstes Ziel aller unmittelbar nationalchinesisch inspirierten oder mittelbar zugunsten Formosas in den USA unternommenen

Versuche der Einflußnahme auf den Entscheidungsprozeß trat auch in diesem Telegrammwechsel immer wieder klar hervor, die zu einer Anerkennung neigenden Kräfte in der Exekutive und Legislative in den Hintergrund zu drängen und vorhandene Gegenkräfte zu stärken. Im einzelnen lassen sich heute die Zusammenhänge zwischen solchen Bemühungen und tatsächlichen Aktionen im Bereich der damaligen US-Außenpolitik in der Chinafrage durchaus aufzeigen. Bereits am 22. Juni 1949, das heißt zwei Tage vor der erwähnten ersten großen Anti-Anerkennungs-Demarche von Mitgliedern des Senats, hieß es, daß man „gerne mit der begonnenen Arbeit fortfahren“ wolle. „Schlüsselfiguren sowohl in der republikanischen wie in der demokratischen Partei“ beabsichtigten, eine „Politik der Nichtanerkennung . . . zu unterstützen und möchten weitere Projekte der Hilfe (der möglichen Unterstützung Nationalchinas durch die USA, der Verf.) kennenlernen“. Am 15. September 1949 folgte die deutliche Warnung nach Formosa: „Wenn sich der Kongreß vertagt (Mitte Oktober), dann werden wir die Möglichkeiten der Fürsprache verlieren und erst wieder . . . im Januar des nächsten Jahres erhalten.“ Um dieselbe Zeit griffen tatsächlich im Senat solche Fürsprecher besonders scharf den Leiter der Unterabteilung Fern-Ost im State Department, W. Butterworth, als Symbol einer ihrer Ansicht nach bislang völlig verfehlten amerikanischen Chinapolitik an.

Die Aussichten, daß die amerikanische Exekutive sich einer Anerkennung nähere, wurde auch in diesen Telegrammen ganz im Sinne unserer zentralen Hypothese zeitweilig als sehr groß angesehen. Schon am 6. Oktober 1949 wurde konstatiert, daß „die britische und amerikanische Anerkennung der chinesischen Kommunisten unvermeidlich werden wird, wenn . . . das Festland verlorengehen sollte“. 14 Tage später wurde auf der Linie der bereits erwähnten Ausführungen des Senators Knowland im Senat vom Oktober — auf einen „starken Druck von englischer Seite“ — zugunsten einer amerikanischen Anerkennungs politik hingewiesen.

Einen Tag vor der Formosaentscheidung Trumans hieß es dann kategorisch: „Wie man hier erfährt, *wird* die amerikanische Regierung die Anerkennung der chinesischen kommunistischen Regierung zu einem günstigen Zeitpunkt aussprechen . . .“ Acheson versuche sowohl in Europa wie in Asien einen Titoismus zu be-

²⁵ Die Echtheit der Telegramme — zit. im „Sonderdruck“, a. a. O. — läßt sich heute noch nicht mit letzter Sicherheit beweisen, wird aber durch R. Y. Koen: „The China Lobby in US Politics“, 1960, verbürgt, der zu dem Komplex die zweifellos fundierteste Studie vorgelegt hat. Wie heikel das ganze Thema war, geht schon daraus hervor, daß Koen sein bereits erschienenes und in Vorexemplaren schon ausgeliefertes Buch zurückziehen mußte, obwohl er zu einigen „Kompromißformulierungen“ bereit war (mündliche Auskunft Koen dem Verf. gegenüber, der das Buch einsehen konnte).

günstigen; diese „neue Politik“ impliziere daher den Versuch, überall kommunistische Regierungen zu ermutigen, sich mehr von Sowjetrußland zu lösen. „Um dieses Ziel zu erreichen“, so fuhr der Bericht fort, „gelten die diplomatische Anerkennung und die Entsendung diplomatischen Personals als sehr nützliche Mittel.“ Washington verbreitete jetzt die Auffassung, daß Sowjetrußland eine Anerkennung Pekings durch die USA befürchte und ein solcher Schritt daher die einzige Möglichkeit darstelle, die sowjetischen Intentionen zu durchkreuzen. Zweifellos unter Bezugnahme auf die großen Senatsdebatten über das Problem einer amerikanischen Anerkennung Pekings im ersten Drittel des Monats Januar 1950 und mehr oder weniger auf der von republikanischer Seite dort vertretenen Linie resümierten die Verfasser der Telegramme dann am 12. Januar: „... es ist ganz offensichtlich, daß das State Department die Pläne für eine solche Anerkennung fertig in der Schublade hat (!). Wenn der richtige Zeitpunkt gekommen ist, dann werden (!) sie die chinesischen Kommunisten unter dem Vorwand anerkennen, daß es unbedingt notwendig sei, mit der rasanten Entwicklung Schritt zu halten.“

Vom Gesichtspunkt der „Koordinierung“ und insbesondere auch im Hinblick auf die scharfen Angriffe der Republikaner im Kongreß auf den vermuteten Anerkennungskurs der Regierung um dieselbe Zeit war auch die kurz vorher — am 5. Januar 1950 — getroffene Feststellung sehr aufschlußreich: „Die Sache Formosas sieht sich hier vielen Schwierigkeiten gegenüber. In den letzten Tagen habe ich sehr erfolgreiche Gespräche mit dem Kongreß geführt.“ Ganz klar wurde das allgemeine Ziel aller nationalchinesischen Bemühungen in den USA am 12. und 17. Januar in den Worten zusammengefaßt: „Der einzige Weg, den die nationalchinesische Seite gehen kann, ist der, die öffentliche Meinung so in Bewegung zu bringen, daß die Regierung zu einer Änderung ihrer Haltung gezwungen wird.“ Gegenüber der von State Department und der demokratischen Partei „einstimmig befürworten“, auf einer Fraktionssitzung der Demokraten im Senat Mitte Januar festgelegten Linie einer Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Richtung auf eine Anerkennung müßten die Nationalchinesen in den USA „ungewöhnliche Maßnahmen ergreifen“.

Besonders auffallend war der Zusammenhang zwischen dem republikanischen Vorge-

hen im Kongreß und Andeutungen versuchter Einflußnahmen von nationalchinesischer Seite auf die legislative Beteiligung am außenpolitischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß auch in der Zeit von Mitte Mai bis Mitte Juni. Einmal ging es hier um eine erneute Anti-Peking-Demarche von einer klaren „Sperrminorität“ von 34 Senatoren, die in einem Schreiben an den Präsidenten sowohl eine amerikanische Anerkennung Pekings wie eine „Zulassung“ des kommunistischen Regimes bei den UN ablehnten. Unmittelbar vorhergehende Telegramme hatten von verstärkten nationalchinesischen Bemühungen um Kontakte zu Mitgliedern des Kongresses berichtet. Wenige Tage, nachdem die Telegrammsender die Auffassung vertreten hatten, daß „alles noch gut gehen kann, wenn es uns gelingt, den Kongreß zu einer ... entschlossenen Ablehnung jeder Anerkennung ... und zu der Forderung nach Anwendung des Vetos ... in den UN ... durch die USA“ zu bewegen, bezichtigten die beiden führenden Republikaner Knowland und Bridges im Senat in einer ebenso ungewöhnlichen wie scharfen Erklärung den UN-Generalsekretär persönlich der Hörigkeit gegenüber der Sowjetunion und forderten die eigene Regierung auf, Trygve Lie unter Androhung einer Abberufung zu einer Änderung seiner Haltung in der Frage des chinesischen Vertretungsrechtes zu veranlassen ²⁶⁾.

Abgesehen von den offenkundigen Bemühungen nationalchinesischer Stellen, auf die US-Chinapolitik in jenem „kritischen“ halben Jahr Einfluß zu nehmen, waren in den vierziger Jahren eine ganze Reihe von rein *amerikanisch betriebenen Organisationen* ins Leben gerufen worden, deren Tätigkeit in den USA zugunsten der Sache des Generalissimus teilweise unter die Bestimmungen des erwähnten Regulation of Lobbying Act fielen, weil ganz speziell auch eine Beeinflussung der Auslandshilfegesetzgebung beabsichtigt war. Als Gründer derartiger Organisationen traten vor allem zwei Persönlichkeiten aus dem Bereich der Wirtschaft hervor, der Export- und Importkaufmann A. Kohlberg, der ein erhebliches wirtschaftliches Interesse am Chinahandel hatte, und der offensichtlich von rein idealistischen Motiven inspirierte Pittsburgher Industrielle Frederick McKee, der bereits im Zweiten Weltkrieg verschiedene Hilfskomitees zugunsten Nationalchinas ins Leben gerufen hatte und solche Komitees auch zum größten Teil

²⁶⁾ CR, 81. Congr., 2. sess., S. 8979 f.

aus eigenen Mitteln finanziert zu haben scheint. Beide Industrielle bestritten seinerzeit immer wieder finanzielle Abhängigkeiten. Ohne durch stichhaltige Quellen widerlegt worden zu sein, erklärten sie, daß sie für ihre Arbeit niemals „finanzielle Zuwendungen direkt oder indirekt von der nationalchinesischen Regierung . . ., von chinesischen Bürgern oder amerikanischen Bürgern chinesischer Abstammung“ erhalten hätten ²⁷⁾.

Am stärksten nach außen in Erscheinung getreten sind Kohlbergs 1947/48 gegründete „American China Policy Association“ (der als Verbindungsmann zu nationalchinesischen Stellen auch der genannte Public Relations Manager Goodwin angehörte) und das von McKee Ende 1949 gestartete „Committee to defend America by aiding Anti-Communist China.“ Das allgemeine Ziel der Arbeit solcher Gremien wurde in der Wahrnehmung einer Informations- und Empfehlungsfunktion gesehen und etwa von McKee in bezug auf sein „Committee to defend . . .“ dahingehend definiert, daß „umfangreiches Material“ darüber gesammelt werde, wer für die zum „Verlust“ Chinas führenden Fehlleistungen in der amerikanischen Exekutive verantwortlich gewesen sei. Darüber hinaus würde — so McKee noch im Frühjahr 1951 — ständig nach Möglichkeiten gesucht, das chinesische Festland eines Tages wieder zu befreien und den Druck auf die amerikanischen Truppen in Korea dadurch zu mindern, daß die anti-kommunistischen Kräfte auf der Insel Formosa und dem chinesischen Festland weitgehendst gestärkt würden — eine in Anbetracht des Zeitpunktes ebenso unrealistische wie aufschlußreiche Feststellung ²⁸⁾.

Wichtigste Voraussetzungen für eine Verwirklichung solcher Arbeitsintentionen waren auch in diesen Organisationen ein Höchstmaß an eigener Informiertheit, ein Zugang der Führungskräfte zu den außenpolitischen Entscheidungsspitzen sowohl in den USA wie auf Formosa und schließlich eine erfolgreiche Koordinierung der verschiedenen Bemühungen. Daß solche Voraussetzungen durchaus gegeben waren, kann unter anderem schon aus den Mitgliederlisten geschlossen werden, die nicht

nur Senatoren und Abgeordnete, sondern auch eine große Zahl von Persönlichkeiten aus dem Bereich der „effektiven Öffentlichkeit“ in Industrie, Gewerkschaften, Publizistik und Kirchen aufwiesen. Im Gegensatz zu McKee, der über gute persönliche Kontakte in Washington — unter anderem zu dem für Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik „zuständigen“ wichtigen Mitarbeiter Trumans im Weißen Haus, Dr. Steelman — verfügt zu haben scheint, hat jedoch Kohlberg offenbar solche Kontakte mehr angestrebt als verwirklicht, das heißt öfters an das Weiße Haus geschrieben, als von dort schriftliche Bestätigungen seiner versuchten Interventionen erhalten. Erfolgreiche Koordinierungen waren vor allem schon durch die häufigen Personalunionen in den verschiedenen Organisationen gewährleistet ²⁹⁾.

Alle hier genannten tschiangkaischek-freundlichen Gruppen und Persönlichkeiten im intermediären Bereich versuchten damals auf die außenpolitische Entscheidungsspitze in der Chinafrage entweder direkt durch persönliche Gespräche mit führenden Beamten und durch Briefe an die Exekutive einschließlich des Präsidenten oder auf dem Umwege über einflußreiche Mitglieder der Legislative oder aber schließlich auf dem noch weiteren Umwege über eine Mobilisierung der breiten Öffentlichkeit einzuwirken. Letzteres geschah durch das in den USA besonders häufig angewandte Mittel der Pressekonferenz, durch Rundschreiben an alle amerikanischen Zeitungen, durch eigene Pressedienste oder durch Abhaltung von Massenveranstaltungen aller Art. Ende November 1949 organisierte z. B. McKee mit seinem Komitee eine „Rettet-China Kundgebung“ in der New Yorker Carnegie Hall, auf der die Teilnehmer aufgefordert wurden, einzeln an Truman zu schreiben und sich gegen jede Form einer Anerkennung Pekings durch Washington auszusprechen. McKee griff hier Acheson scharf an, forderte die Einstellung amerikanischer Wirtschaftshilfe für alle Länder, die das kommunistische Regime in China anzuerkennen beabsichtigten oder schon anerkannt hätten, und zitierte da-

²⁷⁾ Siehe New York Times, 14. Juni 1951

²⁸⁾ Ebenda. Immerhin hatte noch der Bericht des House of Representative, Nr. 1802, 81. Congr., 2. sess., zum „Foreign Economic Assistance Act“ im Frühjahr 1950 auf einer Karte zwei große Gebiete auf dem chinesischen Festland, die als „pockets of resistance“ gekennzeichnet waren.

²⁹⁾ Dem McKee-Komitee „to defend . . .“ gehörten unter anderem an: die führenden American Federation of Labour-Gewerkschaftler Dubinsky und M. Woll — letzterer war jahrelang Vizepräsident des Dachverbandes —, Claire B. Luce, Ehefrau des einflußreichen Herausgebers von „Time“ und „Life“, der Senior-Methodistenbischof J. Welch und Dr. Walter Judd, „Chinasprecher“ der Republikaner im Repräsentantenhaus.

bei aus einer Erklärung des Asien-Unterausschusses der „Catholic Association for International Peace“ in den USA, in der jede Anerkennung Pekings als „ein Schlag ins Gesicht der internationalen Moral . . .“, als eine Verurteilung des chinesischen Volkes zu einer demütigenden Unterjochung und eine Gefährdung der amerikanischen Sicherheit und Bedrohung des Friedens in der Welt“ bezeichnet worden war³⁰⁾.

Dieser Tenor der Kundgebung entsprach der damals innerhalb wie außerhalb des legislativen Bereiches zu beobachtenden Tendenz aller tsiangkaischek-freundlichen Gruppen und Einzelpersonlichkeiten in den USA, vermutete oder auch aus taktischen Erwägungen als feststehend unterstellte Anerkennungsintentionen durch lautstarke Alarmrufe im Keime zu ersticken. Zuweilen wurden dabei auch sehr weitreichende Behauptungen aufgestellt, wie etwa durch eine Pressemitteilung der „American China Policy Association“ vom 24. Oktober 1949, daß der letzte amerikanische Generalkonsul in Peking, O. E. Clubb, den kommunistischen Machthabern die Fortführung der Handelsbeziehungen unter bestimmten Bedingungen angeboten hätte, die sich vor allem auf die Gewährleistung der Sicherheit amerikanischer Staatsbürger und amerikanischen Eigentums auf dem chinesischen Festland bezögen. Tschou En-lai habe umgekehrt — so wurde hier „gemeldet“ — dem amerikanischen Diplomaten erklärt, erst müsse eine Anerkennung durch die USA erfolgen, bevor über Handelsbeziehungen gesprochen werden könnte.

Knapp zwei Jahre später kam A. Kohlberg öffentlich auf diese Behauptungen zurück und erweiterte sie um die Variante, daß „Acheson nachweislich im Frühjahr 1949“ durch den amerikanischen Generalkonsul ebenso wie in einer direkten Mitteilung an die Militärbehörden in Peking die Anerkennung des kommunistischen Regimes und seine finanzielle Unterstützung durch die USA unter der Bedingung angeboten habe, daß Mao Tse-tung die zwischen den USA und China bestehenden Handelsverträge als rechtskräftig anerkenne und sich nicht zu stark an die Sowjetunion an-

lehne³¹⁾. Daß solche, vom amerikanischen Gesamtinteresse damals durchaus erwägenswerten Angebote tatsächlich gemacht worden sind, wurde dem Verfasser gegenüber sowohl schriftlich wie mündlich von zwei der seinerzeit hauptbeteiligten amerikanischen Diplomaten dementiert. Ob sich von den Quellen des State Department her einmal diese „Vorwürfe“ oder aber die Dementis substantiieren lassen oder nicht, auf jeden Fall dürften solche und andere Behauptungen dem zweifellos beabsichtigten, inhibierenden Ziel immer dann sehr nahe gekommen sein, wenn sie „synchronisiert“ wurden mit Interventionen einflußreicher Kreise des Kongresses im Weißen Haus oder State Department. Bei Vorliegen einer solchen Konstellation mußte die Exekutive ernsthaftere Auswirkungen auf die generelle Beteiligung der Legislative am außenpolitischen Entscheidungsprozeß der USA befürchten.

Enge Kontakte dieser Gruppen waren zu Vertretern der verschiedenen Religionsgemeinschaften gegeben, deren generelle Bedeutung für den politischen Meinungsbildungsprozeß der USA auch heute noch groß ist und die von allen gesellschaftlichen Großgruppen am stärksten zur Ausprägung eines ganz besonderen China-Image in den USA beigetragen haben. So wurde zum Beispiel über die Reden, die in jenen Monaten der Jesuitenpater Kearney in vielen Teilen des Landes zugunsten Tsiangkaischeks bzw. gegen jede Politik eines modus vivendi mit Peking hielt, in den Veröffentlichungen der hier genannten Lobby-Gruppen wiederholt berichtet. Auf evangelischer Seite stand die Methodisten-Kirche im Vordergrund. Das lag unter anderem angesichts des großen Ausmaßes gerade ihrer Missionstätigkeit in China sowie der Zugehörigkeit des Ehepaares Tsiangkaischek oder auch McKees zu ihr nahe. Erwähnt sei hier nur die Jahreskonferenz der Methodisten 1948. Auf ihr wurde eine Gruß- und Dankadresse der versammelten „Brüder und Schwestern“ an den Generalissimus verabschiedet und eine Antwort verlesen, in der Tsiangkaischek der Hoffnung Ausdruck gab, daß Gott es mit der „gerechten Sache Chinas doch noch gut meinen“ werde³²⁾.

Bemerkenswert ist allerdings in Anbetracht solcher und anderer amerikanisch-national-

³⁰⁾ CIAP kann als führende katholische Laienorganisation in den USA für die politische Bildungsarbeit der katholischen Gläubigen in internationalen Fragen bezeichnet werden. Zur Haltung anderer offizieller und privater katholischer Kreise, vor allem auch der katholischen Wochenzeitschriften, siehe Hinweis in Anmerkung Nr. 5.

³¹⁾ Alles zit. nach dem Nachlaß von Oberst Moody in der Hoover Library, Stanford University.

³²⁾ Protokolle der Jahreskonferenz 1948 der Methodistenkirche der USA, S. 189, 211 und 902

chinesischer Bindungen im kirchlichen Bereich, daß eine detaillierte Analyse der offiziellen, das heißt der veröffentlichten, ebenso wie der intern abgegebenen Stellungnahmen protestantischer Religionsgemeinschaften und Missionsgesellschaften der USA 1949/50 insgesamt gesehen eher auf eine in diesen Kreisen zustande gekommene Mehrheit *zugunsten* einer amerikanischen Politik des *modus vivendi* mit Peking schließen läßt³³⁾. Ausschlaggebend waren dafür offenbar gleichermaßen kirchliche, missionarische und politische Erwägungen.

Solche Tendenzen erklären nun aber, warum die tschiangkaischek-freundlichen Gruppen besondere Anstrengungen unternahmen, um auf diese kirchlichen Kreise in der Frage der US-Chinapolitik massiv in ihrem Sinne einzuwirken. Zuweilen wurde dabei zu mehr als fragwürdigen Mitteln, nicht zuletzt denen des Rufmordes, gegriffen. Ein Beispiel — wengleich auch ein recht extremes — für solche Mittel war etwa das Ende 1949 veröffentlichte Pamphlet „Wie Rot ist das Federal Council of Churches“, für das ein Pfarrer Johnson verantwortlich zeichnete. Johnson gehörte als Methodist bezeichnenderweise ebenso zu den Gruppen um Kohlberg wie zu dem kleinen theologisch und politisch „rechts“ stehenden „American Council of Christian Churches“³⁴⁾ und war selber mehrere Jahre in China als Missionar tätig gewesen. In diesem Pamphlet wurden die offiziellen Gliedkirchen des Federal Council in Verbindung mit den „hohen Schulen“ des Landes als „die besten Verbreiter sozialistisch-kommunistischer Propaganda“ in den USA abgetan und eine Reihe führender Theologen im Sinne des McCarthyismus an den Pranger gestellt

³³⁾ Selbst in der dem Ehepaar Tschiangkaischek persönlich nahestehenden Methodistenkirche plädierte eine beachtenswerte Gruppe — einschließlich des damaligen Generalsekretärs der „Kommission für den Weltfrieden“ dieser Religionsgemeinschaft, Dr. Boss — damals für eine US-Politik zumindest eines *modus vivendi* mit Peking.

³⁴⁾ Zit. nach Moody Collection, Hoover Library, a. a. O. Die „National Association of Evangelicals“ der USA nahm damals wie heute eine Position zwischen dieser extremen Gruppe und dem großen Dachverband „National Council of Churches“ (damals Federal Council) ein. Die Führungsgremien des Federal Council gaben 1949/50 ebenso wie die Gremien des Dachverbandes aller großen evangelischen Missionsgesellschaften, der Foreign Missions Conference of North America, zwar keine offiziellen Stellungnahmen in der Frage einer Anerkennung ab, stellten es aber ihren Mitgliedern frei, sich persönlich entsprechenden Erklärungen anzuschließen.

(„sie haben die Gott hassenden, unamerikanischen Organisationen unterstützt“). Unter ihnen befanden sich zum Beispiel Reinhold Niebuhr und W. Kirk, der langjährige Leiter des International Department im FCCC, der sich 1949/50 sehr um eine objektive Haltung der amerikanischen Kirchen und Missionsgesellschaften gegenüber Peking bemühte.

Eines der besten Beispiele für eine erfolgreiche Koordinierung versuchter Einflußnahmen im nationalchinesischen Sinne stellte der seinerzeit stark publizierte Brief dar, den eine Gruppe von mehr als 200 Pfarrern, Missionaren, Industriellen und anderen in Form eines Memorandums Anfang 1950 an Präsident Truman und Außenminister Acheson im Namen des Komitees „to defend America ...“ als Antwort auf die kurz zuvor von 68 evangelischen Persönlichkeiten zugunsten einer Politik des *Modus vivendi* mit Peking abgegebene Erklärung sandte. Hier wurde die Auffassung vertreten, daß eine Anerkennung des kommunistischen Regimes durch die USA einen „moralischen Kompromiß ... und politischen Fehler“ darstellen würde. Die Unterzeichner verurteilten jeden Versuch, die Vertreter der nationalchinesischen Regierung aus den Organen der UN auszuschließen, da diese Regierung „im Einklang mit der chinesischen Verfassung gewählt worden sei ...“ und als „einzig legitime“ angesehen werden müsse. Die kommunistische hingegen repräsentiere genau so wenig das chinesische Volk wie dies die seinerzeit von Japan in der Mandschurei oder die von Hitler in den besetzten Gebieten während des Zweiten Weltkrieges installierten Regime es getan hätten. Die Verfasser des Memorandums wiesen darauf hin, sowohl Mao Tse-tung wie Tschou En-lai hätten wiederholt erklärt, daß ein Christ nicht gleichzeitig Mitglied der chinesischen KP sein könne. Aus diesem Grunde verurteilten sie jede Form der diplomatischen Billigung oder gar Anerkennung dieser Regierung, die im übrigen zunehmend die Missionare aller christlichen Konfessionen verfolge, Kirchen schließen lasse und andere anti-kirchliche Maßnahmen ergreife³⁵⁾.

Offene Briefe pro-nationalchinesischer Gruppen und Persönlichkeiten wurden auch an führende, gelegentlich sogar an alle Mitglieder des Kongresses versandt. Kohlbergs „American China Policy Association“ ging

³⁵⁾ Zit. nach Moody, a. a. O. Beide Erklärungen wurden seinerzeit in den USA stark publiziert.

im Januar 1950 so weit, den Kongreß in einer Eingabe zur Verabschiedung einer EntschlieÙung beider Häuser aufzufordern, durch die General MacArthur größere Vollmacht erhalten und den nationalchinesischen Behörden ebenso wie „konterrevolutionären Elementen“ auf dem chinesischen Festland Finanz- und Waffenhilfe gewährt werden sollte.

Diesen Weg der direkten Aufforderung zur „legislativen“ Aktion beschritt dann wiederholt das 1953 gegründete „Committee of the One Million“. Vermögen schon die bisher in diesem Aufsatz andeutungsweise wiedergegebenen Äußerungen und Aktionen verschiedener tshiangkaischek-freundlicher Einzelpersonlichkeiten und Gruppen wichtige Anhaltspunkte für die These zu geben, daß 1949/50 koordinierte Versuche der Einflußnahme auf den außenpolitischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß in der amerikanischen China-politik zugunsten der nationalchinesischen Seite gemacht wurden, und lassen Vergleiche mit dem insgesamt doch starke Schwankungen aufweisenden Ablauf des exekutiven Entscheidungsprozesses den Schluß zu, daß sich die Entscheidungsspitze tatsächlich von dem so erzeugten Druck beeinflussen ließ, so liefert das „Committee of the One Million“ den besten Beweis für das Vorhandensein und das erfolgreiche Wirken einer China-Lobby im Sinne mehrerer, auf gleiche Ziele hinarbeitender pressure-groups. Dieses Wirken ist natürlich auch von der Tatsache her zu beurteilen, daß die von dem Komitee konsequent empfohlene „Eindämmungspolitik“ gegenüber Peking noch stärker der Konzeption der seit 1953 amtierenden Regierung Eisenhower als der vorherigen Regierung Truman entsprach.

Das Komitee war mit dem erklärten Ziel ins Leben gerufen worden, die „Zulassung des kommunistischen China zu den Vereinten Nationen“ zu verhindern. In seinem Arbeitsaus-schuß sind auf republikanischer Seite jahrelang die Politiker Senator H. A. Smith — zeitweise auch als Ehrevorsitzender — und Dr. Judd tätig gewesen. Letzterer arbeitet auch heute noch aktiv mit.

Zu den prominentesten Gründungsmitgliedern gehörten unter anderem der frühere US-Botschafter in Japan, J. Grew, der langjährige Chef der amerikanischen UN-Delegation, W. Austin, Senator Knowland, Mrs. Kohlberg (nach dem Tode ihres Mannes), Henry B. Luce, Herausgeber von „Time“ und „Life“, die heute

als sogenannte „Falken“ einzustufenden Professoren D. Rowe (Yale) und Karl Wittfogel. Auch führende kirchliche Persönlichkeiten haben sich wiederholt mit diesem Komitee identifiziert. Mit dem ersten Appell, der an den neuen Präsidenten Eisenhower gerichtet wurde, assoziierten sich neben dem früheren republikanischen Präsidenten Herbert Hoover, der seinen Parteifreunden im Kongreß auch 1949/50 Schützenhilfe bei Angriffen auf die offizielle Chinapolitik geleistet hatte, u. a. George Marshall, G. Meany (damals Präsident des AFL-Gewerkschaftsdachverbandes) und W. McCormack (langjähriger demokratischer Fraktionsvorsitzender des Repräsentantenhauses). Das Komitee, das seinen Namen 1954 umänderte (in „von“ statt „für“ eine Million), nachdem angeblich über 1,2 Millionen Unterschriften gesammelt worden waren, verstand und versteht sich als eine „Volksbewegung“, die durch „kleine Bürger“ im ganzen Lande finanziert wird und sowohl in ihrer Führungsspitze wie in der gesamten Mitgliedschaft auf überparteilicher Grundlage arbeitet. Diese Grundlage wird mit Recht als ein entscheidender Faktor herausgestellt, der schon 1956 deutlich zutage getreten sei, als beide großen Parteien in ihren Wahlmanifesten jede nachgiebige Politik gegenüber dem kommunistischen China abgelehnt hätten³⁶⁾.

Das Komitee nimmt die erfolgreiche Wahrnehmung einer „Terminierungsfunktion“, das heißt das Verdienst für sich in Anspruch, die Bemühungen einer „kleinen Minderheit... um eine Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik zugunsten des kommunistischen China vereitelt“ zu haben. Tatsächlich erreichte es diese Lobby zum Beispiel, daß 1956 in beiden Häusern des Kongresses mit einer breiten überparteilichen Mehrheit eine Resolution gegen die „Zulassung“ Pekings zu den Vereinten Nationen und gegen seine Anerkennung durch die USA verabschiedet wurde. Als weiteres Beispiel für einen eindrucksvollen Erfolg seiner Arbeit wies das Komitee in seinem Rechenschaftsbericht 1965/66 auf die Absetzung von Hearings im Außenhandelsaus-schuß des Senates im Jahre 1957 über eine mögliche Abschwächung des Handelsembargos gegen China hin. Diese Absetzung wurde auf eine von dem Komitee kurz zuvor veranstaltete Unterschriftensammlung unter führenden Industriellen des Landes zurückgeführt.

³⁶⁾ Zitiert nach Material, das dem Verfasser vom Komitee 1966 übersandt wurde.

Das Komitee hat im Laufe der Jahre die Methoden seiner Öffentlichkeitsarbeit immer mehr verfeinert. Die ursprüngliche Form der direkten Mobilisierung der öffentlichen Meinung durch das Sammeln von Unterschriften in größtem Stil wurde in weiteren Briefaktionen fortgesetzt, so zum Beispiel im November 1958 im Zusammenhang mit der Krise um die Inseln Quemoy und Matsu in der Formosastraße. Damals wurden Rundschreiben an die amerikanischen Zeitungen verschickt und die „Mitglieder“ aufgefordert, Eisenhower und Dulles eine Politik der Festigkeit gegenüber dem kommunistischen China schriftlich zu empfehlen. Gleichzeitig erhielten alle Kandidaten für die bevorstehenden Zwischenwahlen auf Bundesebene das „Schwarzbuch über

Rotchina“ von E. Hunter kostenlos zugesandt, dessen einzelne Kapitelüberschriften schon eine eindeutige Sprache sprechen: „Sklavenarbeit“, „Rotes Verbrecherkombinat“ usw. Neben solchen Briefaktionen und regelmäßig abgehaltenen Massenkundgebungen (etwa 1961 in der New Yorker Carnegie Hall) werden seit 1953 immer wieder Anzeigen in amerikanischen und ausländischen Zeitungen sowie Broschüren und Bücher in großen Auflagen veröffentlicht und verteilt — 1950 das Buch von Hunter an alle Delegationen der 13. UN-Generalversammlung. Auch Hörfunk, Fernsehen und Filmindustrie werden laufend eingeschaltet. So wurde 1961 zum Beispiel ein Schmalfilm „Red China-Outlaw“ hergestellt und in mehr als 300 Kopien verbreitet.

III. Zusammenfassung

Zusammenfassend kann festgestellt werden — was im einzelnen noch näher zu untermauern sein würde —, daß es durchaus gerechtfertigt erscheint, den Terminus „Lobby“ im Sinne der obigen Definition als Sammelbegriff für die verschiedenen Gruppen im intermediären Bereich, die zugunsten der nationalchinesischen Seite in den USA tätig waren, anzuwenden und ihren Bestrebungen in dem entscheidenden Zeitraum zwischen Oktober 1949 und Juni 1950 zusammen mit dem Bemühen einer Reihe von Persönlichkeiten aus der Legislative eine inhibierende Wirkung auf die Gestaltung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen nach der kommunistischen Machtergreifung zuzuschreiben. Zu dieser Auffassung gelangte Hans Morgenthau schon 1951/52, als er konstatierte, daß „eine lautstarke, leidenschaftliche, gut finanzierte und gut organisierte Minderheit in der Lage war, seinen Willen dem Kongreß aufzuzwingen und die Administration dahin gehend zu terrorisieren(!), daß sie gegen ihr besseres Wissen eine Politik verfolgte, die scheiterte“³⁷⁾. Dieses nach unserer Ansicht in der Tendenz richtige Votum bedürfte allerdings in bezug auf die Wechselbeziehungen zwischen öffentlichen „Meinungen“ und außenpolitischem Entscheidungsprozeß den Gebrauch der entscheidenden Verben und die zeitliche Fixierung des umschriebenen Phänomens einer größeren

Differenzierung. Eine genaue Analyse der Stellungnahmen der von der Chinapolitik besonders tangierten intermediären Gruppen in den USA ergibt nämlich, daß erhebliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb vieler dieser Gruppen bestanden. Die Regierung Truman hätte sich daher „theoretisch“ dem Druck einer China-Lobby immer wieder so entziehen können, wie sie dies vor allem bei der Formosa-Entscheidung vom 5. Januar 1950 getan zu haben scheint. Daß sie dies dann später nicht tat, lag sicher auch an der Politik des kommunistischen Lagers. Zwischen der Scylla eines innenpolitischen und der Charybdis eines außenpolitischen Druckes war eben schon der Entscheidungsspielraum dieser Regierung stark eingeengt.

Es darf schließlich bei der Bewertung einer sogenannten China-Lobby auch nicht übersehen werden, daß manche der öffentlichen Äußerungen und Aktionen aus diesen Kreisen seinerzeit auch motiviert waren von einem Unbehagen gegenüber vermuteten Einflußnahmen auf die offizielle China-Politik der USA in der entgegengesetzten „Richtung“. Die verschiedenen Erklärungen des „Committee of the One Million“ genauso wie diejenigen der Republikaner im Kongreß und anderer tsi-angkaischek-freundlichen Gruppen in den USA in den fünfziger Jahren spielten immer wieder indirekt auf einen angeblich ebenfalls koordinierten und planmäßig ausgeübten Druck von Kräften an, die als Teil einer kommunistischen, einer „Anti-China-Lobby“ ab-

³⁷⁾ Hans Morgenthau, *American Foreign Policy*, London 1952, S. 234.

gestempelt wurden. In den großen innenpolitischen Auseinandersetzungen um die amerikanische China-Politik nach 1945 wurde einer ganzen Reihe von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eine systematisch betriebene Beeinflussung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses der USA zugunsten der kommunistischen Machthaber in China und das Fallenlassen der nationalchinesischen Regierung unterstellt. Republikanische Kreise beriefen sich bei ihren Vorwürfen in dieser Richtung in den Jahren 1949—1951 in erster Linie auf die Zeit vor der „Machtergreifung“ Maos, das heißt schon auf die Jahre 1943—1944, vor allem aber auf die Konferenz von Jalta und den dort angeblich von der „demokratischen“ Regierung vorgenommenen Ausverkauf des alten Verbündeten Tschiangkaischek. Danach hätten dann einige an der Formulierung und Ausführung der US-China-Politik wesentlich beteiligten Diplomaten und Militärs — teils aus eigenem Antrieb, teils ferngesteuert von „liberalen“ Intellektuellen aus dem Bereich der Universitäten oder sogar von kommunistischen Zentralen — alle Bemühungen um eine wirklich durchschlagende Hilfe für den Generalissimus vereitelt und auf diese Weise der von ihnen möglicherweise bejahten, auf jeden Fall aber in ihrem Wesenskern verkannten chinesischen Spielart des einen Weltkommunismus zum Siege verholfen³⁸⁾.

Zwar läßt sich eine Reihe von hier nicht im einzelnen zu untersuchenden und bis auf weiteres sehr erschöpfend und schlüssig von Tang Tsou analysierten³⁹⁾ Belegen für Fehleinschätzungen und daher auch Fehlleistungen amerikanischer Fern-Ost-Diplomaten erbringen, ganz abgesehen von den beiden berühmtesten Verratsfällen jener Jahre, das heißt dem Amerasia-Fall und dem bisher allerdings noch keineswegs restlos aufgeklärten Fall des State Department-Beamten Alger Hiss, der unter anderem der amerikanischen Delegation in Jalta angehörte, dort aber mit Sicherheit nicht an Entscheidungen über fernöstliche Probleme beteiligt war.

Solche Belege reichen jedoch zu einer überzeugenden Beweisführung nicht aus. Vor allem aber kann auf Grund der Quellenlage heute noch nicht endgültig beurteilt werden,

³⁸⁾ Vergl. z. B. Dr. Judd im Repräsentantenhaus 19. Juni 1948.

³⁹⁾ Siehe Tang Tsou, *America's Failure in China*, Chicago 1963.

ob manche der beteiligten Diplomaten und der mit ihnen übereinstimmenden sonstigen amerikanischen China-Experten in anderen Bereichen ideologisch fixiert, von einem Wunschenken erfüllt oder aber in ihrer Beurteilung der voraussichtlichen chinesischen Entwicklung und ihren policy-Empfehlungen sogar *realistischer* waren und dem amerikanischen Nationalinteresse besser gerecht wurden als die Beurteilungen und Empfehlungen der Gegenseite, das heißt der hier erwähnten tchiangkaischek-freundlichen Gruppen. Ob zum Beispiel agrarreformerische Trends bei einer Gewährung von amerikanischer Wirtschaftshilfe ab Ende der vierziger Jahre schließlich zur Herausbildung einer weniger „orthodoxen“ Spielart des Kommunismus in China geführt hätten, ob damals wirklich echte Chancen für die US-Diplomatie bestanden, Peking von Moskau zu trennen — überdies noch, wie manche hofften, im titoistischen Sinne — und zu einem *modus vivendi* mit den neuen Machhabern zu gelangen, ob Mao durch Moskau zu einem anti-amerikanischen Kurs gedrängt oder durch Washington zunächst noch stärker in die Arme der Sowjetunion getrieben wurde — alles dies sind für eine abschließende Wertung entscheidende Probleme, die nach wie vor mit einem Fragezeichen versehen bleiben müssen. Sie sollen an anderer Stelle, besonders im Hinblick auf die seinerzeit von Senator McCarthy in den Mittelpunkt der erbitterten inneramerikanischen Kontroversen gerückten „Schlüsselfigur“, den Mongoleiexperten Owen Lattimore, und eine angeblich vor allem im Rahmen des „Institute of Pacific Relations“ in den USA zugunsten Pekings tätige Anti-China-Lobby behandelt werden.

Heute löst sich die seit Anfang der fünfziger Jahre zu beobachtende innenpolitische Erstarrung in der amerikanischen Chinapolitik. Ihrer Tabuierung wurde spätestens durch die Senatshearings vom Frühjahr 1966 im Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit ein Ende gesetzt. Sollte die amerikanische Exekutive daher zu dem Schluß kommen, daß sich außenpolitisch in näherer Zukunft eine Umorientierung ihrer Asien- und Chinapolitik realisieren ließe, dann würde sie vermutlich nunmehr mit einer sehr viel eindeutigeren Unterstützung aus allen Bereichen der Regierung (im Sinne von „government“) und Gesellschaft rechnen können, als dies noch vor wenigen Jahren möglich erschien.

Es war nur logisch, daß sich diese Hearings des Auswärtigen Ausschusses unter Senator Fulbright nacheinander mit der US-Vietnam- und Chinapolitik befaßten, da beide vom Gesichtspunkt sowohl einer Analyse der Vergangenheit wie einer Prognose im Hinblick auf die Zukunft nicht voneinander zu trennen sind. Man kann — um auf den Ausgangspunkt dieser Untersuchung zurückzukommen — heute die These vertreten, daß die außenpolitische Führung der USA in Vietnam unter anderem auch Aspekte einer Entwicklung in Asien zu korrigieren hoffte, deren Nichtbeachtung vor 16 Jahren von manchen Kritikern als ein vermeidbarer, schwerer Fehler angesehen wurde, daß mit anderen Worten schon die wichtigen Vietnam-Entscheidungen unter Eisenhower und Kennedy, ganz zu schweigen von denen Johnsons, als Vollzug einer 1951, aber eben nicht schon 1949 eingeleiteten Eindämmungs-

politik auch im Fernen Osten zu betrachten sind. Umgekehrt können aber auch die damaligen Befürworter eines flexibleren Kurses gegenüber dem Kommunismus in Asien die Entwicklung der Vietnamkrise seit Anfang der sechziger Jahre zur Untermauerung ihrer alten Argumentation heranziehen, daß die USA sich niemals zur Rettung einer zum „Untergang“ verurteilten Gesellschaftsordnung engagieren durften. Vielleicht finden beide Richtungen in der Befürwortung einer Politik gegenüber Peking als der Schlüsselfigur in Asien zusammen, wie dies in den Senatshearings von gewichtiger Seite gefordert wurde. Eine solche Politik würde darauf hinauslaufen, daß die USA zwar weiterhin eine Expansion der „anderen Seite“ zu verhindern, dabei aber gleichzeitig den toten Punkt der völligen Isolierung dieser Seite zu überwinden trachten.

Maos Strategie in Vietnam

Chinesische Ansprüche auf Südostasien

Unter den südostasiatischen Ländern sehen die kommunistischen Führer Chinas Vietnam als das natürliche Tor an, durch das sie ihren Einfluß über die Grenzen Chinas hinaus ausdehnen können. Chinas Ziele in Vietnam sind einmal in der historischen Tradition begründet, zum zweiten entspringen sie dem revolutionären Sendungsbewußtsein. Im Verlaufe von 2000 Jahren haben chinesische Kaiser mehrfach Vietnam dem Königreich der Mitte einverleibt. Einen langen Zeitraum hindurch hat China sich Vietnam tributpflichtig gemacht. Bis 1885 wurden die Herrscher Vietnams von Peking in ihr Amt eingesetzt, und es wurde von ihnen erwartet, daß sie alle vier Jahre Peking besuchten und alle zwei Jahre eine Gesandtschaft mit Tributen nach China schickten. Am Ende des Zweiten Weltkrieges versuchte die Regierung Nationalchinas, Vietnam unter ihre Herrschaft zu bringen und der Vietnamesischen Nationalpartei zur Macht zu verhelfen. Im Jahre 1960 erklärte der Ministerpräsident des kommunistischen Chinas, Tschou En-lai, China und Vietnam seien wie „Lippen und Zähne“ ¹⁾.

Seit die Kommunisten im Sommer 1949 in China zur Macht gekommen sind, haben sie proklamiert, daß es ihr grundlegendes Ziel sei, die territoriale Einheit des kaiserlichen Chinas wiederherzustellen. Sie haben überdies angedeutet, daß eine Reihe von Gebieten, die dem kaiserlichen China in den früheren Jahrhunderten entrissen worden waren, wiedergewonnen werden sollten. Das Gemeinsame Programm verkündete das Recht Chinas, die Rückkehr der „verlorenen“ Gebiete zu fordern, erklärte alle vor 1949 von China getroffenen Vereinbarungen sowie alle eingegangenen Verpflichtungen für ungültig und stellte schließlich fest, daß die neue Regierung „die Verträge und Vereinbarungen zwischen der Kuomintang und ausländischen Regierungen einer Prüfung unterziehen und sie je nach ihrem Inhalt anerkennen, aufheben, revidieren oder erneuern würde.“ ²⁾

Schon 1939 hatte Mao Tse-tung Vietnam neben anderen Ländern als eines der China verlorengegangenen Gebiete aufgeführt, die wiedergewonnen werden sollten ³⁾.

Weltrevolutionäres Sendungsbewußtsein

Die chinesischen Kommunisten haben außerdem ein starkes revolutionäres Sendungsbewußtsein entwickelt, aus dem heraus sie ihre Ideen der Weltrevolution verbreiten. Sie sehen die Welt als in einer dialektischen revolutionären Entwicklung begriffen an und sind überzeugt, daß sie die Hauptrolle bei der Gestaltung der Zukunft Asiens spielen müßten. Sie haben oft verkündet, ihre Revolution sei der Prototyp aller zukünftigen Revolutionen in Asien und in anderen unterentwickelten

Ländern der Welt, und die Kolonialvölker ermuntert, den Weg einzuschlagen, den das chinesische Volk gegangen ist ⁴⁾. Wang Tschia-hsiang, Stellvertretendes Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees der Chinesischen Kommunistischen Partei, erklärte, „es sei nur natürlich, daß der Sieg des chinesischen Volkes in weitem Maße die Aufmerksamkeit der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas erregt hat“ ⁵⁾. „Das China von heute ist ihr Morgen“, lautet eine andere Losung. Marschall Tschou Tschen Ji empfahl die chinesische Revolution den anderen unterentwickelten Ländern als Vorbild. Der Erfolg der Chinesen in

¹⁾ Nachrichtenagentur Neues China, 14. Mai 1960.

²⁾ Artikel 51 des Gemeinsamen Programms, verkündet am 1. Oktober 1949.

³⁾ Mao Tse-tung, Chinese Revolution and the Chinese Communist Party, Yenan 1939, in: Current Background, No. 135.

⁴⁾ People's China, 1. Juli 1951.

⁵⁾ Hongqi (Rote Fahne), 1. Oktober 1959.

der Revolution und beim Wiederaufbau sei eine „enorme Ermutigung aller unterdrückten Nationen und der um ihre Befreiung kämpfenden Völker der Welt. Im chinesischen Volk sehen sie ihre eigene Zukunft. Sie spüren, daß alles, was die Chinesen erreicht haben, ihnen auch zu erreichen möglich sein sollte. Der Sieg des chinesischen Volkes erfüllt sie mit unbegrenztem Vertrauen und mit Ermutigung. Das chinesische Volk seinerseits sieht in allen unterdrückten Völkern seine eigene Vergangenheit.“⁶⁾

Voller Sendungsbewußtsein verbreiten die chinesischen Kommunisten ihre Ideen, um die Weltrevolution mit dem Endziel der Herstellung eines dauernden Friedens und der Liquidierung des „Imperialismus“ zu beschleunigen. Die Liquidierung des „Imperialismus“ hat eine besondere Bedeutung im Weltbild der chinesischen Kommunisten angenommen. Sie glau-

ben, daß ein dauernder Friede nur möglich ist, wenn die „Imperialisten“, und vor allem die Vereinigten Staaten, eliminiert werden und eine kommunistische Welt unter Führung von Peking errichtet wird: Dieses Thema ist immer wieder von allen chinesischen Führern, angefangen mit Mao Tse-tung, variiert worden.

Mao Tse-tung glaubt, daß Frieden auf Einheit beruht und Einheit auf der rücksichtslosen Ausschaltung jedweder Opposition in der Welt. Er ist ein Chauvinist; seine Unkenntnis von der Welt außerhalb Chinas und sein Mißtrauen gegen sie sind bestürzend. Er kennt keine Furcht vor dem Atomkrieg. Menschen zählen mehr als Material, und es gibt 650 Millionen Chinesen. Er glaubt fanatisch an seine Theorien; ihm schwebt eine atemberaubende Vision der neuen Welt vor. Er hat beschlossen, die ganze Welt umzustürzen, um seine goldene Zukunft zu erreichen..

Revolutionäre und gerechte Kriege

Mao hat verkündet, daß alle Widersprüche in der Welt nur durch „revolutionäre und gerechte Kriege“ gelöst werden können. „Es gibt zwei Arten von Kriegen in der Geschichte, gerechte und ungerechte,“ heißt es bei Mao, „wir unterstützen die gerechten Kriege und widersetzen uns den ungerechten. Alle revolutionären Kriege sind gerecht.“⁷⁾ Durchdrungen von revolutionärem Eifer und seinem fanatischen Glauben an „revolutionäre und gerechte Kriege“ prahlte Mao im Jahre 1939: „Wir sind Verfechter der Allmacht des revolutionären Krieges, und das ist gut. Es ist eine wahrhaft marxistische Auffassung. Die Welt kann nur mit dem Gewehr umgestaltet werden.“⁸⁾ Im April 1960 betonten die chinesischen Kommunisten in drei umfangreichen Erklärungen zum Gedächtnis des 90. Jahrestages von Lenins Geburt die Notwendigkeit, den bewaffneten Kampf in Form von „revolutionären und gerechten Kriegen zu führen“⁹⁾. Schon wenige Wochen, nachdem die Kommunisten in Peking die Macht ergriffen hatten,

begannen sie ihre Pläne, „die Welt mit dem Gewehr umzugestalten“, in die Praxis umzusetzen. Sie versprachen allen prokommunistischen Bewegungen in verschiedenen südostasiatischen Ländern ihre bewaffnete Unterstützung. Zunächst gaben sie Nord-Korea moralische Rückendeckung bei seinem Angriff auf Süd-Korea im Juni 1950 und intervenierten später ganz offen. Um ihre historischen Ansprüche in die Tat umzusetzen, okkupierten sie ferner Tibet mit Waffengewalt.

Aber die Ansichten der chinesischen Kommunisten über „revolutionäre und gerechte Kriege“ haben eine besondere Bedeutung im Falle Vietnams gewonnen. 1950 erkannte China die „Demokratische Republik Vietnam“ der Vietminh an und sandte ihr Militärhilfe zur Vertreibung der Franzosen aus Nord-Vietnam. Auf der Genfer Konferenz von 1954 proklamierte Ministerpräsident Tschou En-lai Chinas „Monroe Doktrin“ und forderte die anderen Mächte auf, sich von Asien fernzuhalten¹⁰⁾. Während der ganzen Dauer der Verhandlungen hing der Schatten der militärischen Drohung Chinas wie ein Damoklesschwert über dem Konferenztisch. Die ständige Drohung eines Einmarsches in Indochina führte zum Waffenstillstand vom Juli 1954. Vietnam

⁶⁾ Nachrichtenagentur Neues China, 3. Oktober 1959.

⁷⁾ Selected Works of Mao Tse-tung, Bd 1, S. 180.

⁸⁾ Mao Tse-tung, Problems of War and Strategy, Yen-an, in: Chinese Communism, Selected Documents, D. N. Jacobs & H. H. Baerwald, Harper, New York 1963, S. 52.

⁹⁾ Hongqi, 16. April 1960.

¹⁰⁾ Nachrichtenagentur Neues China, 28. April 1954.

wurde am 17. Breitengrad in Nord- und Süd-Vietnam geteilt.

Seitdem hat sich Nord-Vietnam als zuverlässiger Verbündeter und als wertvoller Stützpunkt für die Ausbreitung des chinesischen Einflusses in Süd-Vietnam und im übrigen Südostasien erwiesen. Einen Tag nach der Genfer Konferenz forderte Ho Chi Minh, unterstützt von den chinesischen Kommunisten, eine Wiederaufnahme des Kampfes im südlichen Teil von Vietnam, um auch dieses Gebiet zu „befreien“. Aber die antikommunistische Politik der süd-vietnamesischen Regierung und die Präsenz der Vereinigten Staaten in Süd-Vietnam führten zu einer Wandlung der kommunistischen Strategie in Vietnam. Die Chinesen zeigten sich in zunehmendem Maße besorgt über das amerikanische Engagement in Viet-

nam. Um ihre Ziele durchzusetzen, verstärkten sie ihren Druck auf die süd-vietnamesische Regierung und auf die Vereinigten Staaten. „Druck“, sagt Mao Tse-tung, „ist das Wesen der Politik. Wenn Du Erfolg bei der Ausübung von Druck hast, so zeigt das, daß Deine Politik gut ist.“¹¹⁾

Als die Hoffnungen auf eine Machtübernahme in Süd-Vietnam dahinschwanden, verfolgten sowohl das kommunistische China wie Nord-Vietnam eine Politik des Guerillakrieges in Süd-Vietnam, um die Regierung Ngo Dinh Diem zu stürzen. In Süd-Vietnam selbst schlossen sich die süd-vietnamesischen Kommunisten und die Vietcong Peking und Hanoi an und führten einen Guerillakrieg gegen die süd-vietnamesische Regierung, um ein kommunistisches Regime einzusetzen.

Propagandistisches Trommelfeuer gegen die USA

Als die Vereinigten Staaten ihre Militär- und Wirtschaftshilfe für die süd-vietnamesische Regierung in ihrem Kampf gegen die Vietcong verstärkten, begannen die chinesischen Kommunisten zunehmendes Interesse an der Entwicklung in Süd-Vietnam zu zeigen und die Vietcong zu unterstützen. Allmählich wurde der Kampf in Vietnam immer heftiger und richtete sich mehr und mehr gegen die USA.

Im Juli 1959 setzte das kommunistische China eine scharfe anti-amerikanische Kampagne in Gang und klagte die „Kreaturen“ der Amerikaner in Süd-Vietnam an, sie wichen von den Genfer Vereinbarungen ab. Peking inszenierte Massenversammlungen in allen großen Städten, bei denen die Amerikaner aufgefordert wurden, sich aus Süd-Vietnam zurückzuziehen, und bei denen die „friedliche Wiedervereinigung von Vietnam“ verlangt wurde. Das kommunistische China brachte seine volle Sympathie für die „gerechte Sache des Volkes im benachbarten Vietnam“ zum Ausdruck¹²⁾.

China begann überdies die Vereinigten Staaten anzuklagen, sie bereiteten eine „enge Verbindung“ zwischen Süd-Vietnam und der SEATO vor, und erklärten: „Noch nicht zufrieden mit all dem, bereitet Washington ein Militärbündnis zwischen Süd-Vietnam, Laos

und Thailand vor, das Süd-Vietnam und Laos in aller Form mit dem aggressiven SEATO-Block verbinden würde, um diese Länder so vollständig in ihre fernöstlichen Kriegspläne einzubeziehen.“ Die chinesischen Kommunisten vertraten die Ansicht, daß die Aktionen der USA in Süd-Vietnam Teil eines Planes seien, ein Netz von Militärstützpunkten zu errichten, das Süd-Korea, Japan, die Ryukyu-Inseln, Okinawa, Taiwan und den indochinesischen Raum miteinander verbinden solle, „um die Sicherheit der Volksrepublik China zu bedrohen“¹³⁾.

Wenige Monate später startete China erneut eine Kampagne gegen die Vereinigten Staaten mit einer Serie von Massenversammlungen und kündigte die entschlossene Unterstützung der Vietcong gegen die amerikanische Aggression und für die friedliche Wiedervereinigung von Vietnam an. Liu Ning-ji, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, erklärte, daß im Südtteil von Vietnam der Kampf gegen die „finstere Herrschaft der US-Ngo Dinh Diem-Clique sich täglich ausdehnt“, daß „die US-Ngo Dinh Diem-Clique vom vietnamesischen Volk eingekreist ist und ihre Tage gezählt sind“ und daß „der patriotische und gerechte Kampf des vietnamesischen Volkes einen bedeutenden Bestandteil des Kampfes der Völker der Welt gegen die

¹¹⁾ Siao-yu, Mao Tse-tung and I were Beggars, Syracuse University Press, New York 1959, S. 192.

¹²⁾ Peking Review, 26. Juli 1959, S. 11—12.

¹³⁾ Jen-min jih-pao, 24. Juni 1960.

amerikanische imperialistische Aggression" darstellt. Weiter sagte er, „die Siege des vietnamesischen Volkes sind Siege des chinesischen Volkes“, und versprach dem vietnamesischen Volk die „volle Unterstützung des 650 Millionen-Volkes der Chinesen“¹⁴⁾.

Vietnam wurde für das kommunistische China die entscheidende Probe, um die Richtigkeit der Theorien Mao Tse-tungs von den „Befreiungs- und gerechten Kriegen“ zu beweisen. Die Chinesen sahen überdies in Vietnam ihre letzte Chance, der Weltmachtposition der Vereinigten Staaten den entscheidenden Schlag zu versetzen, und zwar nicht nur in Asien, sondern in der ganzen Welt.

In Verfolgung seines Zieles bezeichnete China den Guerillakrieg in Süd-Vietnam als „Kampf für die nationale Befreiung“ und kennzeichnete die Vereinigten Staaten als den Hauptfeind des vietnamesischen Volkes. Die chinesischen Kommunisten begannen darüber hinaus die Vereinigten Staaten der Intensivierung ihrer „interventionistischen und aggressiven“ Aktionen in Süd-Vietnam anzuklagen. Im April 1961 wies Marschall Tschen Ji, der Außenminister des kommunistischen Chinas, die USA warnend darauf hin, daß China als Garantiemacht der Genfer Vereinbarungen und enger Nachbar Vietnams „nicht umhin

kann, seine ernste Besorgnis über die Tatsache auszudrücken, daß die Vereinigten Staaten ihre Intervention gegen den südlichen Teil Vietnams verstärken“, und erklärte, daß China es als das „geheiligte Recht des Volkes von Süd-Vietnam ansehe, den patriotischen und gerechten Kampf zu führen, in den sich keine auswärtige Macht einmischen darf“¹⁵⁾.

Als im Dezember desselben Jahres General Maxwell Taylor in Saigon ankam, um die militärische Situation in Süd-Vietnam zu untersuchen, beklagte sich Peking voller Zorn über die „interventionistische und aggressive“ Betätigung der USA in Süd-Vietnam. Diese Tätigkeit habe in letzter Zeit ernste Ausmaße angenommen, hieß es, und „die Tatsache, daß die US-Regierung ihre Marine- und Luftstreitkräfte und eine große Anzahl von Bodentruppen nach Süd-Vietnam verlegt, zeigt, daß sie in ihrer bewaffneten Intervention gegen Süd-Vietnam sogar noch skrupelloser wird.“ Die chinesische Regierung erklärte, sie könne sich „absolut nicht gleichgültig gegen die abenteuerlichen Handlungen der Vereinigten Staaten verhalten“ und sie spreche „hiermit die ernste Warnung aus, daß die US-Regierung, sofern sie ihre aggressiven Handlungen nicht einstelle, die volle Verantwortung für den Bruch des Friedens in Indochina und Süd-asien tragen müsse“.

Kampagne zugunsten der Vietcong

Sie klagte überdies die Vereinigten Staaten an, sie versuchten, eine „halbmondförmige Kette von Stützpunkten zu schaffen, die Süd-Korea, Japan, Okinawa und Taiwan mit den SEATO-Mitgliedern Philippinen und Thailand sowie den „CENTO-Mitgliedern Iran und Türkei verbinde“¹⁶⁾. Zur gleichen Zeit traf eine starke chinesische Militärdelegation unter Führung von Marschall Jeh Tschien-jing in Nord-Vietnam ein, um der Regierung Ho Chi Minh die Unterstützung Pekings zu versichern.

Unmittelbar danach setzte Peking eine massive Kampagne zugunsten der Vietcong in Gang. Versammlungen und Massendemonstrationen wurden überall in China veranstaltet, auf denen den Vietcong Unterstützung bis zum „Endsieg“ versprochen wurde. Liu Tschang-

scheng, der Vorsitzende des Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbundes, warnte die Vereinigten Staaten, daß „es höchst gefährlich für sie ist, im Süden Vietnams mit dem Feuer zu spielen“, und erklärte, daß „das chinesische Volk überzeugt ist, die nationalen Bestrebungen des vietnamesischen Volkes nach der Eini-gung seines Vaterlandes würden gewiß Wirklichkeit werden“. „Süd-Vietnams Kampf ist der unsrige“, sagte er, „und die Völker Süd-Vietnams und Chinas haben ein gemeinsames Ziel und einen gemeinsamen Feind in ihrem Ringen“¹⁷⁾.

China und Nord-Vietnam drängten die Internationale Kontrollkommission, sie solle den Rückzug der amerikanischen Militärberater und die Einstellung der Militär- und Wirt-

¹⁴⁾ Peking Review, 26. Juli 1960, S. 11—12.

¹⁵⁾ Peking Review, 21. April 1961, S. 13.

¹⁶⁾ Peking Review, 8. Dezember 1961, S. 1—10.

¹⁷⁾ Peking Review, 9. März 1962, S. 5—6.

schaftshilfe für die süd-vietnamesische Regierung erwirken. China wies die Anklagen Süd-Vietnams, es betreibe eine subversive Tätigkeit, zurück und beschuldigte die indischen und kanadischen Mitglieder der Kommission, sie leisteten der amerikanischen Intervention und der Verletzung der Genfer Vereinbarungen Vorschub. Der indische Delegierte der Internationalen Kontrollkommission wurde speziell angegriffen, er plapperte die Lügen der US-Imperialisten nach, wonach der patriotische

und gerechte Kampf der Süd-Vietnamesen in Wirklichkeit eine Subversion und Aggression Nord-Vietnams sei: „Der indische Delegierte sollte verstehen, daß Vietnam dem vietnamesischen Volk gehört.“ Peking empfahl dem indischen und dem kanadischen Mitglied der Kommission, gleich dem polnischen Delegierten das amerikanische „Abenteuer“ in Süd-Vietnam zu verurteilen und die USA dazu zu bringen, ihre Militärberater aus Saigon abzuberufen ¹⁸⁾.

Offene Unterstützung der „Nationalen Befreiungsfront“

Der Kommunismus hat den Chinesen sowohl die organisatorischen Voraussetzungen wie die Ideologie geliefert, die für die Durchführung der Revolution notwendig sind. Die chinesischen Kommunisten glauben fanatisch, daß die Geschichte auf ihrer Seite steht und daß die Länder an der Peripherie Chinas eines Tages zum Kommunismus übergehen und sich dem Reich der Mitte anschließen würden. Im Herbst 1962 besuchte eine Delegation der süd-vietnamesischen Nationalen Befreiungsfront, des politischen Zweiges der Vietcong, Peking und traf mit Mao Tse-tung, Liu Schao-tschu und anderen chinesischen Führern zusammen. In einer gemeinsamen Verlautbarung der chinesischen Regierung und der Delegation der süd-vietnamesischen Nationalen Befreiungsfront versprachen die Chinesen die Politik der Befreiungsfront voll zu unterstützen ¹⁹⁾.

Im August 1963 ging Mao Tse-tung schließlich zur offenen Unterstützung der süd-vietnamesischen Nationalen Befreiungsfront über. Das Volk von Süd-Vietnam, hieß es in seiner Erklärung, habe einen bedeutenden politischen und militärischen Sieg in seinem „gerechten und patriotischen Kampf gegen die Vereinigten Staaten und die Ngo Dinh Diem-Clique“ errungen. „Wir, das chinesische Volk, unterstützen entschlossen seinen gerechten Kampf.“ ²⁰⁾

Die Führer der Nationalen Befreiungsfront drückten Mao sofort ihre „tiefe Dankbarkeit“ für diese „großartige Inspiration“ aus und versprachen, der Methode des „hinhaltenden revolutionären Kampfes, der von Ihnen bei der Erringung des Sieges in China angewandt wurde“, nachzueifern ²¹⁾.

Die sogenannte hinhaltende Strategie beruht auf dem Glauben an den schließlichen Erfolg einer beharrlichen, vorsichtigen und flexiblen Aggression gegen imperialistische Länder, von denen man annimmt, ihnen fehlte es an Entschlossenheit und Mut und sie würden daher angesichts einer entschiedenen Drohung in der Regel zurückweichen. Diese Strategie basiert auf dem Vertrauen in die Überlegenheit der Kommunisten beim ideologischen und politischen Ringen mit dem Westen. Sie ist in Süd-Vietnam durch Chinas direkte Opposition gegen die USA und durch die Unterstützung der Vietcong angewandt worden. Es ist jedoch für das kommunistische China wichtig, den direkten Zusammenstoß mit einer überlegenen Macht wie den Vereinigten Staaten in einem großen Krieg zu vermeiden. Zugleich bleibt die Drohung mit einer massiven chinesischen Intervention als Druckmittel bestehen, um die Vereinigten Staaten von Vergeltungsschlägen gegen Nord-Vietnam, der Hauptbasis der Vietcong, abzuhalten.

Hoffnung auf den Zerfall Südviets

Süd-Vietnam ist ein idealer Boden für die Anwendung von Maos Strategie. Überall gibt es Dschungel, der den Guerillaaktionen natür-

lichen Schutz bietet. Die Regierung Ngo Dinh Diem in Saigon war ebenso schwach wie die Regierung Tschiang Kai-schek auf dem chinesischen Festland es war. Ngo Dinh Diems unfähige Regierung und die drückende Besteu-

¹⁸⁾ Jen-min jih-pao, 25. Mai 1962.

¹⁹⁾ Peking Review, 28. September 1962, S. 11.

²⁰⁾ Nachrichtenagentur Neues China, 30. August 1963.

²¹⁾ Ebenda, 7. September 1963.

erung ließen ihn zu einer unpopulären Figur bei der Bevölkerung auf dem Lande, vor allem bei den Bauern, werden. Die Kommunisten waren zuversichtlich, daß das Diem-Regime bald stürzen würde.

Als Diem im Herbst 1963 stürzte, riefen die chinesischen Kommunisten die antikommunistischen Führer Süd-Vietnams auf, ihre Unterstützung der Vereinigten Staaten einzustellen und nannten das Schicksal Präsident Ngo Dinh Diems ein sprechendes Beispiel für alle „Speichellecker, die sich von den US-Imperialisten völlig beherrschen lassen.“ Ihre einzige Hoffnung sei, den falschen Weg aufzugeben und den richtigen einzuschlagen. „Gegenwärtig ist die Lage in Süd-Vietnam außerordentlich günstig für das Volk und ungünstig für den US-Imperialismus und seine Lakaien, die sich bereits im Griff des süd-vietnamesischen Volkes befinden; der Sturz des Marionettenregimes zeigt, daß die schließliche Niederlage des US-Imperialismus und der Reaktionäre in Süd-Vietnam unvermeidlich ist“, hieß es in der chinesischen Verlautbarung²²⁾. Das chinesische Angebot war jedoch nicht einmal für die schärfsten Gegner der süd-vietnamesischen Regierung verlockend. Die buddhistischen Führer, die gegen die Regierung agitierten, lehnten es ab, in die chinesische Falle zu tapen.

Die chinesischen Kommunisten glaubten, daß Süd-Vietnam schließlich auseinanderfallen und so der Weg für die Machtübernahme der Kommunisten frei gemacht würde. Anfang 1964 erklärte Mao Tse-tung einer Gruppe von französischen Abgeordneten, die Peking besuchten: „Es (Süd-Vietnam) wird dort enden, wo China geendet hat. Wir haben unsere Re-

volution mit amerikanischen Waffen gemacht. Die Vereinigten Staaten gaben Tschiang für 1½ Milliarden Dollar Waffen, aber wer hat sie jetzt? Er hat sie uns übergeben. Dasselbe wird in Vietnam passieren.“²³⁾

Zugleich machte das kommunistische China klar, daß nur die Anwesenheit der amerikanischen Macht den Zerfall Süd-Vietnams verhindere. Während eines Besuches in Pakistan im Februar 1964 forderte Ministerpräsident Tschou En-lai die USA auf, aus Süd-Vietnam herauszugehen²⁴⁾. Wenige Tage später gab sich Tschou in Ceylon überzeugt, daß die Vereinigten Staaten den Krieg in Vietnam niemals gewinnen könnten²⁵⁾. Das Organ der Kommunistischen Partei Chinas, Jen-min jih-pao, stimmte in den Chor des Drängens auf Abzug der USA aus Süd-Vietnam mit den Worten ein: „Wenn die US-Regierung aus der Patsche herauskommen will, in die sie in Süd-Vietnam geraten ist, besteht der einzige Weg darin, die Genfer Vereinbarungen von 1954 gewissenhaft einzuhalten und zu erfüllen und das süd-vietnamesische Volk seine Probleme selbst lösen lassen.“ Der Fehlschlag der von den amerikanischen Beratern gegen die Aufständischen angewandten Taktik habe bewiesen, daß die revolutionären Kräfte der überlegenen militärischen Macht der Vereinigten Staaten Herr werden könnten und daß die USA lediglich ein durchlöcherter und entlarvter Papiertiger seien, hieß es in der Zeitung weiter. Das Volk eines jeden Landes oder Gebietes, das der Aggression der Vereinigten Staaten ausgesetzt sei, könne den Sieg erringen, wenn es sich nur nicht von ihrer scheinbaren Stärke beeindrucken lasse und den Kampf wage und zu führen wisse²⁶⁾.

Kampf bis zum letzten Vietnamesen

Trotz der scharfen Verurteilung der amerikanischen „Einmischung“ in Süd-Vietnam waren die chinesischen Kommunisten nicht bereit, sich in einen kostspieligen und riskanten Krieg für die „Befreiung“ Süd-Vietnams verwickeln zu lassen. Diese vorsichtige Haltung ist auf die Lektion zurückzuführen, die

die Chinesen in Korea erhalten haben. Sie sind jedoch bereit, hochfliegende Erklärungen abzugeben, mit denen die USA wegen ihrer Entschlossenheit, die Chinesen an der Machtübernahme in Vietnam zu hindern, angegriffen werden. Im September desselben Jahres versicherte das kommunistische China erneut die Vietcong der entschlossenen Unterstützung des chinesischen Volkes in ihrem gerechten Kampf und warnte die Vereinigten Staaten, „falls sie eine erneute bewaffnete Aggression gegen die Demokratische Republik Vietnam

²²⁾ Peking Review, 8. November 1963, S. 28—29.

²³⁾ Times Weekly Magazine, 4. März 1964, S. 27.

²⁴⁾ Japan Times, 27. Februar 1964.

²⁵⁾ Daily Star, 1. März 1964.

²⁶⁾ Jen-min jih-pao, 4. März 1964.

unternehmen und ihren Aggressionskrieg in Indochina weiter ausdehnen sollten, würde das chinesische Volk dem Volk von Vietnam und dem von ganz Indochina entschieden Beistand leisten und die US-Aggressoren gemeinsam mit ihnen bekämpfen, bis sie vollständig besiegt sind" ²⁷⁾. Die Vietcong hätten „wertvolle Erfahrungen geliefert und eine gewaltige Stärkung aller unterdrückten Nationen und Völker der Welt bewirkt“; ihr Kampf sei der Kampf „aller unterdrückten Nationen und Völker“ ²⁸⁾.

Doch die chinesischen Kommunisten wollten zeigen, daß das Gleichgewicht der Kräfte in der Welt verändert werden könne, indem man das atomare Patt der Supermächte umgeht. Nord-Vietnam und der Vietcong dienten als Mittel zur Erreichung dieses Ziels.

Vor die Tatsache der zunehmenden chinesischen und nord-vietnamesischen Unterstützung der Vietcong gestellt, beschlossen die Vereinigten Staaten, ihrerseits Schritte zu unternehmen, um diese Hilfe für die Vietcong zu unterbinden.

Als im Februar 1965 die Vereinigten Staaten mit der Bombardierung militärischer Ziele in Nord-Vietnam zur Unterbindung von Ho Chi Minhs Unterstützung der Vietcong begannen, zeigten sich die chinesischen Kommunisten höchst erbittert. In einer scharf formulierten Erklärung prangerte die chinesische Regierung die „Kriegsprovokation“ der Vereinigten Staaten an und kündigte den „brillanten Sieg des großartigen vietnamesischen Volkes“ an. Sie warnte Washington, es würde „seine Schuld am vietnamesischen Volk mit Blut bezahlen müssen. Die 650 Millionen Chinesen unterstützen entschlossen ihre Brüder und werden den Kampf gegen den US-Imperialismus zu Ende führen.“

Als im April 1965 17 asiatische und afrikanische Länder zum Frieden in Vietnam aufriefen, wies das kommunistische China dies sofort mit den Worten zurück: „Das vietnamesische Volk wird niemals Verhandlungen ohne irgendwelche Vorbedingungen zustim-

²⁷⁾ Survey of China Mainland Press, 28. September 1964, S. 35.

²⁸⁾ Nachrichtenagentur Neues China, 19. Juli 1964.

Das Organ der Kommunistischen Partei Chinas, Jen-min jih-pao, ließ der Erklärung der Regierung einen Leitartikel folgen, in dem es schrieb, daß „die USA auf dem Wege der Ausweitung des Krieges in Indochina sehr weit fortgeschritten sind.“ Wenn die Vereinigten Staaten „einen weiteren Schritt auf diesem Wege machen, wird es ihnen nicht besser, sondern schlechter ergehen. Da der US-Imperialismus den Krieg anderen aufgezwungen hat, kann er nicht hoffen, der verdienten Bestrafung zu entgehen“ ²⁹⁾.

Die chinesischen kommunistischen Führer setzten nunmehr einen wilden Propagandafeldzug gegen die Vereinigten Staaten in Gang. Sie riefen pro-kommunistische Bewegungen in anderen Teilen der Welt auf, es den Vietcong gleichzutun. In ihren Augen fand in Süd-Vietnam ein Kampf statt, dessen Ausgang den Verlauf des ideologischen Ringens zwischen Ost und West beeinflussen würde. Die amerikanischen Rückschläge in Vietnam hätten revolutionäre Aktionen in Asien, Afrika und Lateinamerika ermutigt und die Siege der Vietcong in Süd-Vietnam hätten eine universale Bedeutung gegenüber der globalen „konterrevolutionären Strategie“ der Vereinigten Staaten ³⁰⁾.

Die chinesischen Kommunisten legten nicht nur kein Interesse an der friedlichen Lösung des Vietnam-Problems an den Tag, sondern griffen Dritte, die ihre guten Dienste für eine Regelung auf dem Verhandlungswege anboten, heftig an. Nach ihrer Meinung gingen sie im Vietnamkrieg ein außerordentlich geringes Risiko ein; sie waren entschlossen, ihn bis zum letzten Kommunisten in Nord-Vietnam fortzusetzen.

Zurückweisung aller Friedensappelle

men. Es hat diesen seinen Standpunkt bei mehr als einer Gelegenheit klargelegt.“ Peking beschuldigte die 17 Nationen, sie kämen den Bedürfnissen des US-Imperialismus entgegen, und griff Marschall Tito an, er betätigte sich als trojanisches Pferd des US-Impe-

²⁹⁾ Jen-min jih-pao, 4. März 1965.

³⁰⁾ Jen-min jih-pao, 4. März 1965.

rialismus, um das Ringen der Völker um die Erlangung und Bewahrung der nationalen Unabhängigkeit zu sabotieren³¹⁾.

Am 17. April 1965 wies China einen Friedensappell Präsident Johnsons zurück. Die chinesische Zeitung Kuang-ming jih-pao bezeichnete den Friedensappell in einem Kommentar als Täuschungsmanöver und fügte hinzu, die Vereinigten Staaten beabsichtigten in Süd-Vietnam zu bleiben, um dieses Gebiet in eine US-Kolonie zu verwandeln. Der einzige Ausweg für den US-Imperialismus sei, die Nationale Front Süd-Vietnams als wahre Vertretung des süd-vietnamesischen Volkes zu akzeptieren und seine Streitkräfte aus Süd-Vietnam zurückzuziehen³²⁾. Gleichzeitig rief das Ständige Komitee des Nationalen Volkskongresses des kommunistischen China das chinesische Volk auf, „alle Vorbereitungen zu treffen, um eigene Leute auszusenden, damit sie zusammen mit dem vietnamesischen Volk kämpfen und die US-Aggressoren aus Vietnam herausjagen“. Die großen Organisationen des Landes wurden aufgerufen, eine „machtvolle Massenbewegung“ ins Leben zu rufen, um die US-Aggressoren zum Abzug aus Vietnam zu zwingen, den amerikanischen imperialistischen Plan einer Ausweitung des Aggressionskrieges zu vereiteln und Frieden und Sicherheit in Südostasien zu garantieren³³⁾.

Als Ende April 1965 der indische Staatspräsident Radhakrishnan vorschlug, eine afroasiatische Streitmacht aufzustellen, die die Grenze zwischen Nord- und Süd-Vietnam bewachen und sichern solle, wies Peking auch diesen Vorschlag zu einer friedlichen Lösung

der Vietnamfrage zurück. Die chinesische Regierung beschuldigte Indien, es versuche einen Ausweg für die US-Aggressoren zu finden, damit sie Vietnam auf die Dauer teilen und Süd-Vietnam in Besitz nehmen könnten; Indien spiele eine „aktive Rolle als Komplize der Vereinigten Staaten“³⁴⁾.

Das Verhalten der chinesischen Kommunisten zeigt auch deutlich, daß sie bei jedem ihrer Schritte zwar große Reden führen, aber zurückhaltend in ihren Taten sind. Jedesmal, wenn sie sich aggressiv und kriegerisch gaben, haben sie sich gehütet, die Grenze zu überschreiten. Die chinesischen Kommunisten haben eine neue Technik lautstarker Demonstrationen in die internationalen Beziehungen eingeführt. Wenn sie andere in Furcht versetzen wollen, veranstalten sie Massenversammlungen als Mittel ihrer Propagandakampagne. Solche Massendemonstrationen lassen zweifellos ihre organisatorischen Fähigkeiten erkennen, aber sie besagen nichts über die militärische Schlagkraft Pekings. Unter den gegebenen Umständen sind die chinesischen Kommunisten gewillt, mit der Übernahme der Macht in Süd-Vietnam zu warten. Zu einer Gruppe französischer Beamter, die China im April 1965 besuchten, sagte Mao Tse-tung: „Diese Krise (in Vietnam) wird keine rasche Lösung finden. Wir müssen auf den Tag warten, an dem die USA sich gezwungenermaßen zurückziehen. Es ist erforderlich, zu kämpfen, bis die Amerikaner nicht mehr kämpfen. Aber wenn sie den Kampf fortsetzen, was kann man dann tun? Es wäre gut, morgen eine Vierzehn-Mächte-Konferenz einzuberufen. Aber die USA sind dagegen. Und auch unser Genosse, die Sowjetunion, tritt nicht aktiv dafür ein.“³⁵⁾

Angriff gegen die sowjetischen „modernen Revisionisten“

Im Mai 1965 wurde in einem Artikel der Zeitung Hongqi erklärt, der Vietnamkrieg sei ein wichtiger Bestandteil des gemeinsamen Kampfes der Völker der Welt gegen ihren erbittertsten Feind, den US-Imperialismus. Die Vietcong verteidigten den südöstlichen Vorposten des Sozialistischen Lagers, stärkten den revolutionären Kampf der Völker und sicher-

ten den Frieden in Asien und in der Welt. Der Artikel wandte sich dann gegen die „modernen Revisionisten“ der Sowjetunion, „die die Gesetze des Volkskrieges nicht verstehen oder nicht verstehen wollen. Sie huldigen der Macht des US-Imperialismus und haben kein Vertrauen in die Stärke des vietnamesischen Volkes. Sie fürchten sich sogar davor, daß das vietnamesische Volk sie in eine Katastrophe

³¹⁾ Ebenda, 22. April 1965.

³²⁾ Kuang-ming jih-pao, 22. April 1965.

³³⁾ Nachrichtenagentur Neues China, 21. April 1965.

³⁴⁾ Ebenda, 27. April 1965.

³⁵⁾ Hindustan Times, 9. April 1965.

hineinziehen könnte ... Die Vietnamfrage ist der Brennpunkt des gegenwärtigen internationalen Klassenkampfes und der Prüfstein für alle politischen Kräfte in der Welt". Die „modernen Revisionisten“ wurden angeklagt, die Rolle „sogenannter Supermächte“ zu spielen und die anderen am Widerstand gegen den US-Imperialismus zu hindern. Die Sowjets mögen so tun, als ob sie das vietnamesische Volk unterstützten, aber tatsächlich fürchteten sie sich davor, bei ihrem amerikanischen Oberherrn Anstoß zu erregen. Ihre Taten stimmten nicht mit ihren Worten überein. Sie gäben sich als Wohltäter aus und machten eine Menge Tamtam um ihre Hilfe für das vietnamesische Volk ³⁶⁾.

Im Jahre 1965 verkündeten die chinesischen Kommunisten zum erstenmal, daß die Nord-Vietnamesen das Recht zur Unterstützung der Vietcong im Süden hätten, um das Land unter einem von Peking und Hanoi gesteuerten kommunistischen Regime wiederzuvereinigen. Die Nord-Vietnamesen hätten das Recht, in Süd-Vietnam Krieg zu führen, verkündeten die Chinesen, denn „Vietnam ist ein Land

und sein Volk hat das Recht, es wiederzuvereinigen. Die Demarkationslinie ist nicht als Grenze anzusehen. Der 17. Breitengrad ist eine temporäre Demarkationslinie“ ³⁷⁾.

Das Organ der KPCh, Jen-min jih-pao, schrieb sogar ganz offen, daß die temporäre Demarkationslinie am 17. Breitengrad aufgehört habe zu existieren und daß die Menschen im Norden sich bei der Unterstützung ihrer Landsleute im Süden keine Beschränkungen mehr aufzuerlegen brauchten. Aller Wahrscheinlichkeit nach würden die Vereinigten Staaten den Aggressionskrieg in Vietnam zu einem „begrenzten Krieg von der Art des Koreakrieges“ ausweiten. Die Regierung Johnsons sei willens, den Krieg in Indochina auf das übrige Südostasien und sogar auf China übergreifen zu lassen. Die amerikanischen Bombenangriffe auf Nord-Vietnam, hieß es weiter in dem Artikel, hätten „die Sicherheit Chinas in immer ernsterer Weise bedroht“ und das chinesische Volk sei daher berechtigt, jede weitere notwendige Maßnahme zu ergreifen.

Chinesen riskieren keinen großen Krieg

Damit gaben die chinesischen Kommunisten zum erstenmal offen zu, daß sie durch die Bombenangriffe auf Nord-Vietnam ihre Sicherheit bedroht sahen. Zugleich gaben sie zu verstehen, daß ein etwaiges bewaffnetes Eingreifen Chinas in Vietnam nicht auf dieses Gebiet beschränkt bleiben würde, sondern sich auch auf Laos und sogar Thailand ausdehnen würde, da die Vereinigten Staaten aus den Grenzen zwischen Laos, Vietnam und Thailand eine Farce gemacht und den gesamten Raum in ein Schlachtfeld verwandelt hätten, auf dem sie sich bewegten, wie sie wollten.

Zugleich aber gaben die Chinesen zu verstehen, daß die Vietnam-Krise nicht den großen Krieg zur Folge haben würde ³⁸⁾. Die Ansicht, daß die chinesischen Kommunisten wahrscheinlich keinen Krieg mit den Vereinigten Staaten in Vietnam riskieren würden, ist auch von einem Fachmann für chinesischen Fragen, dem Jesuitenpater La Dany, vertreten wor-

den. La Dany, der lange Jahre in China gelebt hat, sagte in einem Zeitungsinterview, daß Mao Tse-tung sich voraussichtlich heraushalten und eher eine kommunistische Niederlage in Vietnam mit ansehen würde, als einen Krieg mit den Vereinigten Staaten zu riskieren. „Peking ist in erster Linie an der Bewahrung seines eigenen Gebietes interessiert. Die rotchinesischen Führer sind vielleicht sogar bereit, ganz Nord-Vietnam besetzt zu sehen, ohne in den Krieg einzugreifen, so lange sie sicher sind, daß das chinesische Festland nicht bedroht ist.“ ³⁹⁾

Als im Herbst 1965 Präsident Johnson die Bereitschaft der Vereinigten Staaten erklärte, ohne Vorbedingungen mit Nord-Vietnam über den Frieden zu verhandeln, nannten die Chinesen das amerikanische Friedensangebot ein Windei und verhöhnten Präsident Johnson, er hänge der Illusion nach, daß die USA das vietnamesische Volk niederhalten könnten. „Mit seinem Friedenschwindel hofft John-

³⁶⁾ Nachrichtenagentur Neues China, 4. Mai 1965.

³⁷⁾ Nachrichtenagentur Neues China, 8. Mai 1965.

³⁸⁾ Newsweek, 28. Juni 1965, S. 11.

³⁹⁾ U. S. News and World Report, 28. Februar 1965, S. 56.

son törichterweise, seine Gegner mundtot zu machen und mit der Ausdehnung des Aggressionskrieges gegen Vietnam fortfahren zu können. Es sollte den USA niemals gestattet werden, mit diesem Schwindel der Friedensgespräche Erfolg zu haben.“⁴⁰⁾

China hat Nord-Vietnam immer wieder in seiner Haltung bestärkt, die Friedensangebote der USA zurückzuweisen, und wiederholt die Forderung nach sofortiger Einstellung der Bombenangriffe auf Nord-Vietnam und Rückzug aller amerikanischen Streitkräfte aus Vietnam als Vorbedingungen eines Friedens in Vietnam erhoben. Das Organ der Kommunistischen Partei Chinas, Jen-min jih-pao, attackierte Außenminister Rusk wegen seiner Bemerkung, es könne schon morgen Frieden sein, wenn Hanoi Süd-Vietnam in Ruhe ließe, und schrieb: „Nach Meinung der US-Imperialisten bestehen die Bedingungen des Friedens

in Vietnam nicht darin, daß Washington seine Aggression einstelle, sondern daß das vietnamesische Volk die Waffen niederlege und den Kampf beende und daß das nord-vietnamesische Volk mit der Unterstützung seiner Brüder im Süden aufhöre“. Zwischen dem vietnamesischen Volk und den Vereinigten Staaten gebe es einen unversöhnlichen Kampf auf Leben und Tod⁴¹⁾. In Peking erklärte Außenminister Tschen Ji, daß China bereit sei, falls die Vereinigten Staaten einen Krieg plant, und fügte hinzu: „Sie sollen nur alle kommen, die Inder, die Briten, die japanischen Militaristen und die Revisionisten (die Sowjets) aus dem Norden. Auch dann noch wird China den Sieg erringen.“ Das kommunistische China habe 16 Jahre auf den Angriff der amerikanischen Imperialisten gewartet, sagte Tschen Ji, und darüber sei sein Haar weiß geworden⁴²⁾.

Vietnam als Keil zwischen den USA und der Sowjetunion

Gegen Ende 1965 attackierten die chinesischen Kommunisten nicht nur die Vereinigten Staaten wegen ihrer Entschlossenheit, Peking an der Beherrschung Süd-Vietnams zu hindern, sondern griffen auch die Sowjetunion propagandistisch an. Sie sahen in Vietnam jetzt einen wertvollen Hebel, mit dessen Hilfe sie die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion auseinanderhalten und daran hindern konnten, zu einer Ubereinkunft in anderen wichtigen weltpolitischen Fragen zu gelangen.

Anfang November 1965 griffen die Chinesen die Sowjetunion heftig an, weil sie China gedrängt hatte, den Vereinigten Staaten zu einem Ausweg aus der Situation in Vietnam zu verhelfen. Ein von Jen-min jih-pao veröffentlichter Artikel sagte, dieser Schritt sei vom sowjetischen Ministerpräsidenten Alexej Kossygin unternommen worden, als er auf dem Wege nach Vietnam in Peking Station machte. Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten, schrieb die Zeitung, arbeiteten zusammen in der Absicht, die Welt zu beherrschen, und zu diesem Zwecke seien sie dringend darauf angewiesen, die lodernnden Flammen der Revolution des vietnamesischen Volkes auszulöschen. Im Januar 1965 hätten die Vereinigten Staaten die Sowjetregierung ge-

beten, ihren Einfluß in Nord-Vietnam geltend zu machen, damit es die Unterstützung der Vietcong in Süd-Vietnam einstelle, und die Sowjetführer hätten dieses Ersuchen offiziell an Nord-Vietnam weitergegeben.

„Als Kossygin im Februar 1965 auf seiner Reise nach Vietnam in Peking mit den chinesischen Führer konferierte, hob er die Notwendigkeit hervor, den Vereinigten Staaten zu helfen, einen Ausweg in Vietnam zu finden. Dies wurde von den chinesischen Führern entschieden zurückgewiesen.“ Die Taktik der Sowjetführer hinsichtlich Vietnams sei „verschlagen und heuchlerischer als die Chruschtschows⁴³⁾“.

Anläßlich des fünften Jahrestages der Gründung der Nationalen Befreiungsfront im Dezember 1965 feierte Peking die Vietcong, weil sie den Willen aller unterdrückten Nationen stärkten und allen anderen revolutionären Völkern ein leuchtendes Beispiel gäben. Die US-Aggressoren seien in eine passive und verwundbare Rolle gedrängt worden und Süd-Vietnam sei zu einem Friedhof für sie geworden. Zugleich aber gaben die chinesischen

⁴⁰⁾ Jen-min jih-pao, 7. August 1965.

⁴¹⁾ Jen-min jih-pao, 8. November 1965.

⁴²⁾ Times, 30. September 1965.

⁴³⁾ Jen-min jih-pao, 10. November 1965.

Kommunisten zu, daß es keine leichte Sache sei, die Vereinigten Staaten zu besiegen, weil sie über eine Vielzahl moderner Waffen verfügten⁴⁴). Die Entschlossenheit der USA, die militärischen Operationen gegen die Vietcong und die Luftangriffe auf Nord-Vietnam fortzusetzen, schuf eine neue Lage für die Politik

Pekings. Die Chinesen sahen die amerikanische Entschlossenheit als Beweis für die unbegrenzte Fähigkeit der USA an, ihren Plan für eine baldige Beherrschung Süd-Vietnams zu durchkreuzen. Sie mußten sich eingestehen, daß die Vereinigten Staaten den greifbar nahe erscheinenden Sieg verhindert hatten.

Alleinvertretungsrecht der Vietcong als Vorbedingung für Verhandlungen

Zur gleichen Zeit verstärkten die chinesischen Kommunisten ihre Rückendeckung für Ho Chi Minh, damit er der „amerikanischen Aggression“ widerstehe. Sie erklärten, es würde keinen Frieden in Vietnam geben, wenn die Vereinigten Staaten nicht die Vietcong als alleinige Vertretung des süd-vietnamesischen Volkes anerkennen und sich aus Vietnam zurückziehen würden. Sie verteidigten Nord-Vietnams Hilfe für die Vietcong als ein grundlegendes nationales Recht und fügten hinzu: „Es ist eine typische Gangsterlogik, zu sagen, das vietnamesische Volk habe eine Aggression gegen Vietnam begangen. Kein Land und keine Nation in der Welt kann jemals solch eine phantastische Logik hinnehmen. Sie (die Völker von Nord- und Süd-Vietnam) haben sich zu einem Volk vereinigt und führen den anti-amerikanischen patriotischen Kampf, um das Recht der vietnamesischen Nation auf Einheit sowie das Recht des Nordens und des Südens, sich zu einer Familie zusammenzuschließen, zu sichern. All das ist eine absolut natürliche Sache und vollkommen gerechtfertigt.“ Zugleich wurden wieder die „modernen Revisionisten“ der Sowjetunion kritisiert, weil sie gemeinsame Interessen mit den Vereinigten Staaten hätten, ein anderes sozialistisches Land, das einer skrupellosen Aggression ausgesetzt sei, im Stiche ließen und eine Verständigung mit dem Aggressor suchten⁴⁵).

Als die Vereinigten Staaten nach einer langen Pause im Februar 1966 die Bombenangriffe auf Nord-Vietnam wiederaufnahmen, sagte Peking voraus, daß „dies den US-Aggressoren nur weitere katastrophale Niederlagen bringen würde“, und versprach, das chinesische Volk werde „um jeden Preis das vietnamesische Volk entschlossen unterstützen, damit es den Kampf gegen die amerikanische Aggression bis zum Ende führen kann“⁴⁶). In einer Erklärung des chinesischen Außenministeriums hieß es: „Das 650 Millionen-Volk der Chinesen ist voller Zorn über die ruchlosen Verbrechen, die vom US-Imperialismus begangen werden . . . China und Vietnam sind brüderliche Nachbarn, die so eng verwandt sind wie die Lippen und Zähne. Wir Chinesen sind erschüttert von den Leiden des vietnamesischen Volkes und unterstützen es aus vollem Herzen in seinem gerechten Kampf. Wir sehen es als unsere Pflicht und Schuldigkeit an, unnachsichtig die scheußlichen Verbrechen der Vereinigten Staaten zu verurteilen.“ Die Sowjetregierung wurde heftig getadelt, weil sie es nicht wagte, die skrupellosen Verbrechen der Vereinigten Staaten zu verurteilen. Sie habe nicht nur ihr „Klassengefühl“ verloren, sondern auch jeden Sinn für Gerechtigkeit eingebüßt⁴⁷).

Gegen Behandlung der Vietnam-Frage vor den Vereinten Nationen

Als die Vereinigten Staaten die Vietnamfrage vor den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen brachten, damit eine friedliche Lösung des Problems gefunden werden könne, weigerten sich sowohl das kommunistische China wie

auch Nord-Vietnam sofort, die Weltorganisation als Friedensvermittler in Vietnam zu akzeptieren. Die Chinesen erklärten, daß jede Resolution der UN null und nichtig sein

⁴⁴) Ebenda, 19. Dezember 1965.

⁴⁵) Jen-min jih-pao, 30. Januar 1966.

⁴⁶) Jen-min jih-pao, 1. Februar 1966.

⁴⁷) Nachrichtenagentur Neues China, 3. Februar 1966.

würde. Die Vereinten Nationen hätten keine Befugnis, die Vietnamfrage zu diskutieren, und kein Land hätte das Recht, in den Vereinten Nationen die Beratung dieses Themas zu beantragen⁴⁸⁾.

Mitte Februar 1966 feierte das kommunistische China den fünften Jahrestag der „Vereinigung der südvietnamesischen Befreiungskräfte“ mit großem Aufwand. In einem Artikel zu diesem Anlaß rief das Organ der Kommunistischen Partei, Jen-min jih-pao, alle unterdrückten Völker und Nationen in der Welt auf, „revolutionäre Volksstreitkräfte“ aufzustellen, um die konterrevolutionären Armeen der Imperialisten und ihrer Lakaien zu bekämpfen. „Ohne Volksstreitkräfte,“ schrieb Jen-min jih-pao, „wird es keine Befreiung und keine Freiheit des Volkes, keine nationale Unabhängigkeit und überhaupt nichts für das Volk geben.“ Der Krieg in Vietnam sei der Brennpunkt des gegenwärtigen Kampfes der Völker der Welt gegen den US-Imperialismus und ein großartiger Beitrag zur Sache der Befreiung der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völker. Die Vereinigten Staaten wurden mit den Worten verhöhnt: „Wenn die amerikanischen Streitkräfte schon in Vietnam hoffnungslos in die Patsche geraten sind, kann man sich leicht vorstellen, welche Katastrophen in Zukunft auf den Yankee-Imperialismus warten, wenn sich alle unterdrückten Völker gegen ihn erheben“⁴⁹⁾.

China sei geehrt, die Vereinigten Staaten zum Feind zu haben, und der US-Imperialismus habe einen „wohltätigen Effekt“ auf die chinesische Bevölkerung. Diese ironischen Achtingsbezeugungen waren in einem längeren Artikel von Jen-min jih-pao enthalten, der auf eine Rede von William Bundy, eines hohen Beamten des amerikanischen Außenministeriums, antwortete, in der Bundy sich dafür ausgesprochen hatte, China „einzudäm-

men“. Die Rede Bundys erweise die Entschlossenheit des US-Imperialismus, auf ewig der Feind des chinesischen Volkes zu bleiben und decke seine Absicht auf, die Aggression zu verstärken und den Krieg in Asien auszuweiten, hieß es in dem Artikel. „Der eingefleischte Haß und die unversöhnliche Feindschaft der Vereinigten Staaten gegen die Chinesen sind als solche schon Beweis genug, daß das chinesische Volk zu den revolutionärsten und fortschrittlichsten Völkern gehört. Wäre dem nicht so, so würde der US-Imperialismus uns nicht bekämpfen, wie er es jetzt tut. Von solch einem Feind bekämpft zu werden, ist keine schlechte Sache; es ist eine Ehre.“⁵⁰⁾

Bei einem Empfang zu Ehren des ehemaligen Präsidenten von Ghana, Dr. Kwame Nkrumah, gab Liu Schao-tschü zu verstehen, daß Peking an einem Frieden in Vietnam nicht interessiert sei; er verteidigte die chinesische Politik der Fortsetzung des Krieges mit einer seltsamen Logik. „Unter diesen Umständen“, sagte Liu, „dient jede Initiative für Friedensgespräche, welche Wünsche subjektiv auch dahinter stehen mögen, objektiv dazu, den Vereinigten Staaten zu helfen, ihr Ziel der Verlängerung der Okkupation Süd-Vietnams zu erreichen.“ Es sei der Wunsch Chinas, „das Ringen bis zum Ende durchzustehen, indem es den Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die US-Aggressoren für die nationale Befreiung und die Einstellung der amerikanischen imperialistischen Aggression unterstützt.“ Er sei fest davon überzeugt, daß die Vietcong letzten Endes siegreich sein würde, „gleichgültig, wie viele Verstärkungen die Vereinigten Staaten zusätzlich herüberschicken und welche neuen Waffen sie noch verwenden würden. Es gibt keinen Weg für sie, sich der vorherbestimmten Niederlage zu entziehen“⁵¹⁾.

Hoffnung auf Rückzug der Amerikaner

Die chinesischen Kommunisten kamen allmählich zu der Überzeugung, daß sie es mit ihrer Propaganda und mit politischem Druck schaffen würden, die Vereinigten Staaten eines Tages zu demoralisieren und zum Ab-

zug aus Süd-Vietnam zu zwingen. Auf diesem vagen Glauben basieren ihre Hoffnungen, Süd-Vietnam zu beherrschen. Die chinesische Technik im Wettstreit mit den Vereinigten

⁴⁸⁾ Jen-min jih-pao, 2. Februar 1966.

⁴⁹⁾ Ebenda, 15. Februar 1966.

⁵⁰⁾ Jen-min jih-pao, 20. Februar 1966.

⁵¹⁾ Nachrichtenagentur Neues China, 24. Februar 1966.

Staaten gründet sich auf das leninistische Prinzip, daß die Vertreibung der Vereinigten Staaten aus Süd-Vietnam schließlich zu ihrem Niedergang als Weltmacht und zur Ausdehnung des chinesischen Einflusses nicht nur in Asien, sondern in der ganzen Welt führen wird.

In ihrer Propaganda führen die Chinesen fort, zu drohen, daß das 650-Millionen-Volk der Chinesen kampfbereit sei. Wenn die Vereinigten Staaten nochmals die Kräfte mit ihm messen wollten, sollten sie nur kommen, wann immer sie wollten, allein oder mit ihren Verbündeten. Wenn sie kämen, so würden sie nicht nur hinausgejagt, sondern ausgelöscht werden. Für die große Sache der Menschheit würde das chinesische Volk die notwendigen Opfer bringen, mit den Völkern aller Länder gemeinsam kämpfen und seinen Anteil zu dem schließlichen Begräbnis des US-Imperia-

lismus, des Erzaggressors und Erzkriegstreibers der Gegenwart, beitragen⁵²⁾. Außenminister Marschall Tschen Ji sagte einer philippinischen Delegation, die Peking besuchte, China habe bisher keine Truppen nach Nord-Vietnam entsandt, werde das aber unverzüglich tun, falls die USA den Krieg nach dem Norden ausweiteten. Sein Land, sagte er, sei bereit, mit den Vereinigten Staaten einen langen Krieg zu führen. Ein amerikanisch-chinesischer Krieg würde nicht notwendigerweise ein kalter Krieg sein. Sollte ein solcher Krieg ausbrechen, so würde sein Schauplatz das chinesische Festland sein und er würde nicht auf andere Länder ausgedehnt werden. Tschen Ji rechtfertigte das Eingreifen Chinas in den Vietnamkrieg für den Fall, daß die Vereinigten Staaten Hanoi oder Haiphong bombardierten, denn der Hafen Haiphong sei das Tor zum chinesischen Festland⁵³⁾.

China gegen alle

Als im Mai Senator Mike Mansfield zu Verhandlungen zwischen der amerikanischen Regierung und Nord-Vietnam aufrief, um das Vietnamproblem friedlich zu lösen, nannten die Chinesen dies „eine bloße Wiederholung der abgeleiteten Melodie der US-Imperialisten“ und griffen die amerikanische Regierung an, weil sie „die Unverfrorenheit habe, diesen vollkommen absurden Vorschlag vorzubringen und dem chinesischen und dem vietnamesischen Volke zuzumuten, ihn anzunehmen“. Zugleich attackierten die Chinesen die indischen „Reaktionäre“, die japanischen „Militaristen“, die sowjetischen „Revisionisten“, UN-Generalsekretär U Thant und die britische Labourregierung, weil sie dem „Schwindel der Friedensverhandlungen“ ihre Unterstützung liehen. Besonders verärgert waren die chinesischen Kommunisten über die sowjetischen „Revisionisten“. „Es muß mit allem Ernst ausgesprochen werden, daß die sowjetischen modernen Revisionisten am meisten mit dem imperialistischen Schwindel der ‚Friedensverhandlungen‘ hausieren gehen. Während des ganzen vergangenen Jahres haben die sowjetischen Führer hinter den Kulissen zugunsten von ‚Friedensverhandlungen‘ agiert. Sie haben im internationalen Rahmen am lautesten nach Friedensverhandlungen geschrien. Bewußt haben sie das imperialistische konterrevolutionäre Doppelspiel mit-

gemacht und das Friedensverhandlungs-Rezept der Johnson-Regierung angepriesen, um so die lodernde Flamme der Revolution im vietnamesischen Volk zu ersticken und seine fundamentalen Interessen zu ver-raten.“⁵⁴⁾

Als die amerikanische Luftwaffe im Juli Ziele im Gebiet von Hanoi und Haiphong bombardierte, machte China seiner Erbitterung Luft. Am 3. Juli bekräftigte die chinesische Regierung in einer Erklärung den „unerschütterlichen Standpunkt“ des chinesischen Volkes, Vietnam in seinem Widerstand gegen die amerikanische Aggression beizustehen. Der Erklärung der Regierung folgte ein Kommentar im Jen-min jih-pao, der ausführte, nunmehr seien alle Beschränkungen, die sich Nord-Vietnam und China bei ihrer Hilfe für die Vietcong auferlegt hätten, hinfällig, weil die Vereinigten Staaten die Grenze zum offenen Krieg hin überschritten hätten. „Alle Maßnahmen, die das nordvietnamesische Volk zur Unterstützung seiner Brüder im Süden ergreift, sind richtig und sein geheiligtes Recht. Auch Chinas Hilfe für Vietnam gegen die amerikanische Aggression kennt keine Grenzen.“

⁵²⁾ Nachrichtenagentur Neues China, 18. März 1966.

⁵³⁾ Manila Times, 24. März 1966.

⁵⁴⁾ Jen-min jih-pao, 5. Mai 1966.

Die Zeitung warnte die Vereinigten Staaten, China würde möglicherweise Truppen nach Vietnam senden. „Es hängt nicht von den Vereinigten Staaten ab, wie der Krieg in Zukunft aussehen wird. Wenn sie ihn aus der Luft und von See her führen, warum können andere nicht auf dem Boden kämpfen?“ Die Luftangriffe der Amerikaner auf Hanoi und Haiphong seien das Ergebnis eines „schmutzigen politischen Handels“ zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Die Sowjetunion, versicherte das Blatt, sei im voraus über die Bombenangriffe auf das Gebiet von Hanoi und den Hafen von Haiphong unterrichtet worden. Es klagte die Sowjetführer überdies der schweren Beleidigung des vietnamesischen und des chinesischen Volkes und der beflissenen Unterstützung der amerikanischen imperialistischen Erpressungspolitik an. Die sowjetische Haltung im Vietnamkrieg werde erweisen, „ob jemand ein wahrer oder ein falscher Anti-Imperialist, ein wahrer oder falscher Revolutionär, für oder gegen die Revolution, ein Marxist-Leninist oder ein Revisionist ist.“ Die revisionistische Führungsclique der Sowjetunion wolle die Vietnamfrage im Rahmen der amerikanisch-sowjetischen Kollaboration bei der Beherrschung der Welt behandelt wissen, und die Sowjetunion wolle Frieden um den Preis eines Friedens, den die „amerikanischen Oberherren“ ihr gewähren, verkaufen⁵⁵⁾.

Wenige Wochen später erklärte die chinesische Regierung, infolge der amerikanischen Bombenangriffe im Gebiet von Hanoi und Haiphong hätten die Genfer Vereinbarungen

Bedrohung ganz Südostasiens

Da in erster Linie die Vereinigten Staaten dem chinesischen Drang zur Beherrschung Süd-Vietnams entgegenstehen, versuchen die Chinesen auf zwei Wegen, ihr Ziel doch noch zu erreichen. Der eine besteht darin, einen Keil zwischen die Vereinigten Staaten und ihre wichtigsten westlichen Verbündeten zu treiben, der andere, den amerikanischen Einfluß in den südostasiatischen Ländern auszuschalten. Sollte dies letztere eines Tages gelingen, so hinderte niemand die chinesischen Kommunisten daran, ein Reich zu schaffen,

aufgehört zu existieren. Indiens Ministerpräsident, Frau Indira Gandhi, wurde getadelt, weil sie sich für die Wiedereinberufung der Genfer Konferenz zur Diskussion der Vietnamfrage ausgesprochen hatte. Den sowjetischen Führern erging es ebenso, weil sie Moskau zum „Angelpunkt des schmutzigen politischen Spiels“ gemacht habe, durch das das Ringen des vietnamesischen Volkes gegen die Amerikaner verraten werden solle. Die Chinesen wiederholten, sie und das vietnamesische Volk hingen so eng zusammen wie „Lippen und Zähne“ und teilten Wohl und Wehe. Die Geschichte habe es so gefügt, daß beide Völker „sich vereinigen und gemeinsam kämpfen und den Sieg erringen müßten“. Das chinesische Volk würde dem vietnamesischen Volk entschlossen zur Seite stehen, koste es, was es wolle, und niemals in seiner Unterstützung Vietnams wanken, bis der endgültige Sieg errungen sei⁵⁶⁾.

Alle Friedensinitiativen wurden von nun an als Schwindel bezeichnet, der lediglich den amerikanischen Aggressionskrieg in Vietnam bemänteln solle. Auch Nord-Vietnam wies alle Appelle zu friedlichen Verhandlungen zurück und bestand auf dem Abzug der Amerikaner als Vorbedingung für die Aufnahme von Gesprächen. Ein sowjetischer Vorschlag zur Einberufung einer neuen internationalen Konferenz über Indochina ohne Vorbedingungen wurde gleichfalls von der nord-vietnamesischen Regierung abgelehnt. Präsident Ho Chi Minh äußerte vor einiger Zeit, daß der Krieg in Vietnam 20 Jahre oder länger dauern könne.

das größer ist als alles, was die chinesischen Kaiser je erträumt haben.

Die Art der chinesischen Bedrohung der südostasiatischen Länder liegt offen zutage. Alle kommunistischen Parteien Südostasiens blicken auf Peking. Auch die kommunistischen Parteien von Burma, Indonesien, Malaya und Thailand nehmen ihre Befehle von Peking entgegen. Überdies werden auch die Pathet Lao-Streitkräfte in Laos von den chinesischen Kommunisten gesteuert. Peking kann diese kommunistischen Bewegungen nach Belieben

⁵⁵⁾ Jen-min jih-pao, 5. Juli 1966.

⁵⁶⁾ Nachrichtenagentur Neues China, 20. Juli 1966.

dazu bringen, sich gegen die schwachen Regierungen ihrer Länder zu erheben.

Daß China entschlossen ist, seinen Einfluß auf Südostasien auszudehnen, liegt bereits seit 1949 auf der Hand. Die chinesischen Kommunisten unternehmen alle Anstrengungen, den amerikanischen Einfluß in diesem Raum zu

vermindern. Auf jede Weise versuchen sie, anti-amerikanische Gefühle zu ihren Gunsten auszunützen. Ihre Propaganda spricht ständig davon, daß alle Asiaten durch gemeinsame Ideale und besondere Interessen verbunden sind und deshalb gegen den amerikanischen Imperialismus zusammenstehen müßten.

Folgen des Genfer Abkommens 1954

Seltsamerweise machen sich nur wenige Menschen klar, daß die heutigen Leiden Vietnams lediglich das Ergebnis des Friedens sind, den das Genfer Abkommen scheinbar heraufgeführt hat. Diesem Abkommen von 1954 verdankt das Land es, daß es künstlich geteilt wurde, obwohl es nach Rasse, Geschichte und Geographie eine untrennbare Einheit bildet.

Das Genfer Abkommen hätte einen Sinn gehabt, wenn die beiden Parteien, die direkt von ihm betroffen waren, auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens eine gütliche Einigung angestrebt hätten. Das ist nicht geschehen, hauptsächlich weil die nord-vietnamesischen und die chinesischen Kommunisten das Abkommen lediglich zu einer Verschnaufpause benützten, bevor sie erneut versuchten, die 14 Millionen Einwohner Süd-Vietnams gewaltsam zum Kommunismus zu bekehren.

Als die Kommunisten auf Grund des Genfer Abkommens sich bereit erklärten, die Waffen niederzulegen, blieb eine große Anzahl von Ho Chi Minhs Leuten in Süd-Vietnam zurück, die später den Kern der kommunistischen Guerillaverbände bildeten. Sehr bald aber fügten ihnen die Streitkräfte der süd-vietname-

sischen Regierung schwere Verluste zu. Diese Verluste waren so hoch, daß der Kampf nicht hätte fortgesetzt werden können, wenn nicht Verstärkungen von außerhalb herangeführt worden wären. Diese Verstärkungen und Nachschub für die kommunistischen Guerillas aus Nord-Vietnam kamen über den Ho Chi Minh-Pfad nach Süd-Vietnam, der an der vietnamesisch-laotischen Grenze entlangläuft. Niemand anderes als der neutralistische Ministerpräsident von Laos, Prinz Souvanna Phouma, hat bestätigt, daß dieser Transportweg existiert und von den Nord-Vietnamesen benützt wird. Eine Zeitlang hat die kleine laotische Luftwaffe versucht, den Ho Chi Minh-Pfad unbenützbar zu machen. Wegen der natürlichen Beschaffenheit des Geländes — das Gebiet ist hügelig und mit dichtem Dschungel überzogen — war die laotische Luftwaffe nicht imstande, ihren Auftrag auszuführen.

Es liegt an den Beherrschern Nord-Vietnams, daß es ein Vietnam-Problem in der Welt gibt. Die nord-vietnamesischen und chinesischen Kommunisten haben dieses Problem in die Welt gesetzt, und sie allein können es wieder aus der Welt schaffen.